

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 10. September 2024

www.epd.de

Nr. 37

■ Koexistenz mit Despotie – Wie weiter mit Russland?

Evangelische Akademie der Nordkirche, Hamburg, 14. Mai 2024

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführerinnen:
Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Editorial

»Koexistenz mit Despotie« – Manche werden sich bei diesem Titel gesagt haben: Mit Despoten könne es doch kein Zusammenleben geben! Menschlich gesehen eine zutiefst verständliche Reaktion. Doch nicht einmal zehn Prozent der Menschheit lebt in richtigen Demokratien, die meisten Länder der Welt sind zumindest Autokratien. Selbst Europa zählt gar zwei Diktaturen. Eine – Russland – sogar mit Atomwaffen. Wenn dieser Staat, das flächenmäßig größte Land des Kontinents, Krieg gegen das zweitgrößte führt, kann uns das nicht unbeteiligt lassen.

»Koexistenz mit Despotie« ist dabei erst einmal eine Zustandsbeschreibung. Sie besagt nicht, sich mit einer Diktatur abzufinden. Aber wo verläuft der Grat? Brechen wir etwa alle Kontakte nach Russland ab oder sind wir bereit, hier auch in eine streitbare diskursive Auseinandersetzung zu gehen und wenn ja, mit wem? Wie geht Deutschland in Zukunft mit seiner historischen Verantwortung für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg um – und das nicht nur gegenüber den Nachkommen ukrainischer oder belorussischer, sondern auch russischer Opfer?

Wie lässt sich das andererseits mit der Bringschuld gegenüber der Ukraine in Übereinstimmung

bringen? Einem Land, das von nationalsozialistischem wie stalinistischem Terror heimgesucht wurde. Auf der inneren Landkarte vieler Deutscher war sie trotzdem lange kaum existent. Und wie nehmen wir zum Beispiel die Menschen auf, die aus der Ukraine kommen sowie die, die vor Putins Regime flüchten – und welche Rolle soll dabei ihre Nationalität spielen?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirft also Fragen auf, die sich auch unabhängig vom weiteren militärischen Geschehen stellen. Ihnen wollte die Evangelische Akademie der Nordkirche mit der Tagung vom 14. Mai 2024 Raum geben. In diesem Heft wird diese nun ausführlich dokumentiert. Sowohl Hamburg wie auch eine Evangelische Akademie waren für eine solche Konferenz nicht die schlechtesten Orte. Die Hansemetropole schloss bereits 1957 mit Leningrad die erste deutsch-sowjetische Städtepartnerschaft. Sechs Jahre danach kam es in Tutzing an der dortigen Evangelischen Akademie zu einer legendären Tagung. Zu den Themen gehörte auch die »Anerkennung von Realitäten«. Für den damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, nahm sein Regierungssprecher Egon Bahr teil.

Bahr hielt dann ein viel beachtetes Kurzreferat unter dem Motto:

»Wandel durch Annäherung«. Es wurde später zu einer prägenden Formel für die Entspannungspolitik Brandts. Die Tutzinger Tagung ist insofern ein gutes Beispiel, wofür Evangelische Akademien da sein können. Sie verstehen sich seit der Nachkriegszeit u.a. als Plattform für Streitfragen im gesellschaftlichen Diskurs. Dazu gehört 2024 zweifellos die Frage, wie Deutschland mit einem nicht ganz so fernen Regime umgehen soll, das vor Krieg und Unterdrückung nicht zurückschreckt.

Mit Blick auf die genannte Konferenz ist die Evangelische Akademie der Nordkirche in mehrfacher Hinsicht dankbar. Zum einen, dass es gelang, Mitwirkende mit Wurzeln in Deutschland, der Ukraine und Russland zusammenzubringen. Das ist im Moment ausgesprochen selten. Zum anderen war die Akademie froh, dass sie in der Vorbereitung nicht nur Kritik erreicht hat, sondern deutlich mehr Unterstützung. Da ist an erster Stelle die Hamburger Landeszentrale für politische Bildung zu nennen, aber ebenso diverse Hochschulinstitute, die von sich aus anboten, auf diese Konferenz hinzuweisen. Selbstverständlich war dies bei dem Thema der Tagung keineswegs.

Jürgen Heilig, Evangelische Akademie der Nordkirche

Quellen:

Koexistenz mit Despotie – Wie weiter mit Russland?

Evangelische Akademie der Nordkirche, Hamburg, 14. Mai 2024

Die Texte dieser Ausgabe folgen der Transkription der bei der Tagung gehaltenen Referate. Sie wurden in Teilen für die epd-Dokumentation von den Autorinnen und Autoren oder in Absprache mit ihnen redaktionell bearbeitet.

Die Schreibweise von Ortsnamen und Eigennamen richtet sich nach der Diktion der jeweiligen Referentin bzw. des Referenten.

Inhalt:

Koexistenz mit Despotie – Wie weiter mit Russland? Evangelische Akademie der Nordkirche, Hamburg, 14. Mai 2024

Panel 1: »Wandel durch Annäherung« – Was lief falsch?

▶ Dr. Sandra Dahlke	4
▶ Dr. Dmytro Myeshkov	9
▶ Prof. Dr. Johannes Varwick	11

Panel 2: Darf man Puschkin noch lesen? – Kulturpolitik und die Kunst der Differenzierung

▶ Olaf Zimmermann	14
▶ Prof. Dr. Klavdia Smola	16
▶ Dr. Jörg Morré	18

Panel 3: Im mentalen Minenfeld des Angriffskrieges – Handlungsspielräume in der Erinnerungskultur

▶ Dr. Anke Giesen	21
▶ Dr. Jakob Stürmann	23
▶ Dr. Jörg Morré	26

Panel 4: Auf Eis gelegt – Städtepartnerschaften und Wissenschaftsaustausch

▶ PD Dr. Kirsten Bönker	28
▶ Prof. Dr. Klavdia Smola	32
▶ Dr. Sandra Dahlke	33
▶ Dr. Nadezhda Beliakova	35

Panel 5: Wandel durch Eiszeit – Was ist möglich?

mit Dr. Nadezhda Beliakova, Sergej Sumlenny LL.M und Prof. Dr. Johannes Varwick

▶ Jürgen Heilig: Rückblick auf eine Debatte am Ende eines langen Tages	37
--	----

Informationen zu den Autorinnen und Autoren finden sich am Schluss der einzelnen Texte.

»Wandel durch Annäherung« – Was lief falsch?

Dr. Sandra Dahlke, Max Weber Netzwerk Osteuropa¹

Ich möchte mit einem kurzen Kommentar zum Titel dieser Sektion »Wandel durch Annäherung« einsteigen. »Wandel durch Annäherung« bezeichnet ein durch Egon Bahr geprägtes außenpolitisches Konzept, das die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der 1960er Jahre bestimmte und leitend war für die Entspannungspolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt. Die neue Ostpolitik bildete den Hintergrund für die sogenannten Ostverträge. Insbesondere der Moskauer Vertrag, der am 12. August 1970 ratifiziert wurde, besiegelte die Anerkennung der Grenzen zwischen der DDR und Polen und zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Der Vertrag sicherte die Anerkennung des Status quo in Europa ab und eröffnete damit den Weg für die deutsch-sowjetischen Energiebeziehungen, die als Instrument der Annäherung zum beiderseitigen Vorteil verstanden und aufgenommen wurden.

Wenn wir uns heute in Bezug auf das Konzept »Wandel durch Annäherung« die Frage »Was lief falsch?« stellen, dann sind unsere Bezugspunkte zum einen die deutsch-russischen Energiebeziehungen und zum anderen der 24. Februar 2024, nämlich der Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine. Ich möchte auch daran erinnern, dass Russland bereits 2014 die Krim annektierte und seitdem Krieg gegen die Ukraine im Donbass führt. Es ist aus meiner Sicht sehr problematisch und Teil des zu den politischen Fehleinschätzungen führenden Problems, das Konzept der Ostpolitik Egon Bahrs und Willy Brandts auf die heutige politische Situation bzw. die Zeit seit Putins erster Präsidentschaft zu übertragen.

Die Forderung bzw. der Wunsch, zu einer Politik »des Wandels durch Annäherung« zurückzukehren, verkennt, dass wir uns heute in einem vollkommen veränderten politischen Kontext bewegen. Derartige Forderungen führen in die Irre und zu unangemessenen und illusionären Romantisierungen. Im Kontext der Ostpolitik ging es der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten um die vertragliche Absicherung von Grenzen. Spätestens seit dem Georgienkrieg 2008 stellt Russland das Prinzip von anerkannten Staatsgrenzen infrage.

Ich komme jetzt zu meinem Vortrag, den ich in drei Teile gliedern möchte – ich habe mit meinem Impulsreferat die Rolle, den Rahmen für unsere weiteren Diskussionen zu stecken und hole des-

wegen ein bisschen weiter aus. Im ersten Teil meines Vortrags wird es um die Fehleinschätzung der deutschen und europäischen Außen- und Wirtschaftspolitik in Bezug auf Russland gehen. Im zweiten Teil werde ich mich mit der in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Frage auseinandersetzen, ob der russische Überfall auf die Ukraine als Reaktion auf eine vermeintliche Verletzung legitimer russischer Sicherheitsinteressen durch die NATO gewertet werden kann. In einem dritten Teil werde ich die innenpolitischen Faktoren für den russischen Krieg gegen die Ukraine diskutieren.

Teil 1: Fehleinschätzungen der deutschen und europäischen Außenpolitik in Bezug auf Russland

Zunächst möchte ich die Fehleinschätzungen der deutschen und europäischen Außenpolitik in Bezug auf Russland benennen und versuchen, die Gründe für diese Fehleinschätzungen darzulegen.

Aus heutiger Sicht war es eine außenpolitische Fehleinschätzung, dass die politische Ebene der Energiegeschäfte mit Russland bzw. die einseitige Energieabhängigkeit ignoriert oder übersehen wurde. Das gilt für die Regierung Schröder, aber auch für die Große Koalition (1. und 3. Kabinett Merkel). 2006 entwickelte das Auswärtige Amt unter Frank-Walter Steinmeier in Anlehnung an Egon Bahrs Formel »Wandel durch Annäherung« das Konzept »Annäherung durch Verflechtung«. Die Bundesregierung trieb damit eine vor allem wirtschaftspolitisch motivierte Modernisierungspartnerschaft mit Russland voran, die auf eine Interessenkongruenz insbesondere im Hinblick auf die energiewirtschaftlichen Beziehungen setzte. Dies geschah auch aus der Befürchtung, dass mit der von Polen und Schweden vorgeschlagenen Östlichen Partnerschaft für die Nachbarländer die EU-Russlandpolitik vernachlässigt werden könnte.

Dabei wurde ignoriert, dass Russland Energielieferungen und Transitgebühren als Waffe und Druckmittel sowohl gegenüber der Ukraine als auch gegenüber Polen einsetzte. Angela Merkel machte sich zwar keine Illusionen in Bezug auf Putin; sie setzte die Sanktionen als Reaktion auf die Annexion der Krim auch gegen den Widerstand einiger europäischer Länder durch. Aber obwohl Russland 2014 Völkerrecht gebrochen

hatte, einen Krieg in der Ukraine führte und Aleppo bombardierte, hielt die Bundesregierung am Projekt Nord Stream 2 fest. Die Weichen für den Bau der Pipeline wurden 2015 endgültig gestellt. Offensichtlich hegten sowohl Angela Merkel als auch ihr Außenminister Frank-Walter Steinmeier weiterhin die Hoffnung auf eine Stabilisierung oder In-Schach-Halten bzw. Verzögerung der Aggression durch wirtschaftliche Verflechtung.

Im Nachhinein wird deutlich, dass bis zum russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 keiner der offensichtlichen Brutalisierungsschübe Putins hinreichend ernst genommen wurde. Dabei gab es viele Anhaltspunkte: von den Tschetschenienkriegen über den Krieg gegen Georgien 2008, die russische Kriegführung in Syrien, die Annexion der Krim, der Krieg in der Ostukraine, zahlreiche politische Morde im In- und Ausland, Repressionen gegen Menschenrechtler, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Wissenschaftler bis hin zu Cyberangriffen, u.a. 2015 auf den Bundestag.

Wie kam es zu diesen Fehleinschätzungen bzw. warum hat man nicht die richtigen Konsequenzen gezogen? Dafür möchte ich jetzt mehrere Gründe nennen: Ein Grund ist sicherlich, dass aufgrund der deutschen historischen Erfahrung wenig in geostrategischen Kategorien gedacht wurde, ganz im Gegensatz zu Putin und seiner Entourage, denen es darum geht, die Welt in Einflusssphären aufzuteilen. Das hat möglicherweise dazu geführt, dass militärische, geheimdienstliche, politische und wirtschaftliche Aspekte der russischen Entwicklung zwar beobachtet, aber nicht hinreichend zusammengedacht bzw. zu Ende gedacht wurden. Hierzu gehören zum Beispiel: die Aufrüstung der Streitkräfte, die imperiale Ideologie im Umfeld Putins, also das Konzept der »russischen Welt«, die autokratische Zentralisierung im Inneren durch den Aufbau einer »Machtvertikale«, die Aushöhlung der Institutionen und der Justiz, die Ausschaltung von Opposition und Zivilgesellschaft, die Zerschlagung unabhängiger Medien, das Vordringen des Staatskonzerns Gazprom in die europäische Energieversorgung und schließlich die koordinierten Cyberangriffe auf amerikanische und europäische Infrastrukturen.

Der zweite Grund, den ich anführen möchte, ist sicherlich die Rücksicht auf Interessen und Investitionen der deutschen Industrie, die massiv – teilweise noch über den 24. Februar 2022 hinaus – u.a. durch den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertreten wurden, aber auch private

geschäftliche Kontakte von Politikern und Akteuren aus der Wirtschaft, Stichwort: Korruption. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass Korruption in Russland nicht nur eine Form der Vetternwirtschaft ist, sondern integraler Bestandteil der Machtausübung und eine grundlegende systemische Funktionslogik des russischen Herrschaftsapparats. Die britische Journalistin und ehemalige Korrespondentin der Financial Times in Moskau Catherine Belton beschreibt in ihrem sehr gut recherchierten Buch »Putins Netz« sehr anschaulich die Verstrickungen deutscher Banken und Konzerne, britischer Immobilienentwickler und Großkanzleien, französischer Konzerne und europäischer Politiker mit diesem durch russische Geheimdienste gesteuerten Machtapparat seit den Beginn der 1990er Jahre. Im deutschen Falle wurde nicht selten auf alte Verbindungen und Expertisen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter zurückgegriffen, um diese lukrativen Geschäftsbeziehungen aufzubauen. Durch diese Verstrickungen sind westliche Politik- und Wirtschaftsbereiche für russische Interessen korrumpiert worden. Diese sehr ungunstigen Verstrickungen waren eine Bedingung dafür, dass russische Geheimdienststrukturen überhaupt erst ermächtigt wurden, eine derartige Macht innerhalb und außerhalb Russlands zu entfalten.

Der dritte Grund für die Implementierung und Weiterführung einer Politik der »Annäherung durch Verflechtung« war eine in Deutschland, vor allen Dingen in den Reihen der SPD, weit verbreitete Vorstellung, dass Deutschland durch einen dritten Weg zwischen Ost und West den eigenen Handlungsspielraum gegenüber den USA erhöhen könnte.

Ein vierter Grund ist mit Sicherheit Naivität – nicht selten gepaart mit einem ausgeprägten Anti-Amerikanismus – beziehungsweise eine mangelnde Vorstellungskraft in Bezug auf die Skrupellosigkeit russischer Politiker. Damit meine ich vor allen Dingen wohlmeinende Menschen, von denen einige – und das meine ich durchaus positiv – viel für die russisch-deutschen Beziehungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene getan haben. Zu nennen wäre hier zum Beispiel Matthias Platzeck, der seit 2014 Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums war und 2022 in Folge des russischen Überfalls auf die gesamte Ukraine zurücktrat.

Ein weiterer Grund für Fehleinschätzungen im Kontext dieses Ursachenbündels – das verweist wieder auf den Titel unserer Sektion – ist die sozialdemokratische Mythologisierung der Ent-

spannungspolitik Brandts, ohne dabei wahrzunehmen, dass wir uns seit Putins Amtsantritt in vollkommen anderen Zeiten bewegen. Verantwortlich für die Beharrlichkeit deutscher Politiker waren sicher auch die Dankbarkeit, dass durch Michael Gorbatschow der Weg zur Wiedervereinigung freigemacht wurde und das Bewusstsein der deutschen Verantwortung für die Verbrechen des NS in der Sowjetunion. Dabei hat man allerdings in der offiziellen deutschen Erinnerungspolitik die Russische Föderation zur alleinigen Nachlassverwalterin des sowjetischen Sieges und des ungeheuren Ausmaßes an menschlichen Opfern der NS-Vernichtungspolitik gemacht. Die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden in die deutsche Erinnerungspolitik nicht hinreichend einbezogen bzw. weitgehend ignoriert.

Im Nachhinein erscheint es auch als Versäumnis, dass die Warnungen vor einem revisionistischen Russland und der davon ausgehenden militärischen Bedrohung durch die osteuropäischen Staaten, insbesondere durch die baltischen Staaten und Polen, nicht ernst genug genommen wurden, sicher auch, weil uns deren Nationalismen aus unserer in Deutschland durch historische Erfahrungen bedingten postnationalen Perspektive heraus unangenehm waren.

Die starke Priorisierung wirtschaftlicher und industriepolitischer Interessen im Rahmen der Modernisierungspartnerschaft hat auch dazu geführt, dass die Stimmen von Menschenrechtlern und kritischen Wissenschaftlern, die deutlich auf die ideologische Radikalisierung, die umfassende Korruption und die Militarisierung Putins und seines Regimes hingewiesen haben und in Russland immer stärker unter Druck gerieten, zu wenig Aufmerksamkeit fanden und zuweilen sogar als lästig empfunden wurden. Stattdessen setzte Deutschland vor allem auf die enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftseliten. Die bedrohlichen Entwicklungen des Putin-Regimes wurden zwar wahrgenommen, galten jedoch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Interessen ganz offensichtlich als weniger relevant.

Ein Grund für die Versäumnisse ist aber möglicherweise auch, dass die russische Politik und ihre Akteure lange Zeit nicht so eindeutig waren. Es gab ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft, an produktiver Zusammenarbeit im Bereich Kultur und intensive Wissenschaftsbeziehungen. Es gab leider auch Kooperationen im Bereich der Entwicklung militärisch nutzbarer Technologien und der Entwicklung von Überwachungstechnologien, also Technologien, die es

dem russischen Regime ermöglichten, die Zivilgesellschaft in Schach zu halten.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat heftige Debatten über die deutsche Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte ausgelöst. Es ist aber aus heutiger Sicht schwer zu sagen, ob eine entschiedenerer Russlandpolitik, die spätestens seit 2014 angezeigt gewesen wäre, Russlands Aggression hätte eindämmen können. Handlungen sollten nicht ex-post beurteilt werden. Für die Beurteilung ist es wichtig, das Handlungswissen und die Handlungsspielräume zu berücksichtigen, die den Handelnden zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung zur Verfügung standen. Man kann aber in jedem Fall sagen, dass die wenig weitsichtigen energiepolitischen Entscheidungen der Regierung Schröder, die versäumten Korrekturen durch die nachfolgenden Regierungen, die Priorisierung industriepolitischer Interessen sowie die teilweise wenig durchsichtigen wirtschaftlichen Verstrickungen von Politikern und Wirtschaftsvertretern unterschiedlicher Couleur mit Interessenvertretern Russlands dazu beigetragen haben, dass Russland auf unterschiedlichen Ebenen Instrumente und Ressourcen in die Hand gegeben wurden, die eine aggressive Entwicklung begünstigt haben. Das muss dringend aufgearbeitet werden.

Teil 2: Russland und die NATO

Ich komme wieder auf unsere Anfangsfrage zurück, allerdings aus einer anderen Perspektive: Man könnte die Frage »Wandel durch Annäherung«- Was lief falsch?« in unterschiedlichen Abstufungen auch anders stellen: Tragen Deutschland und andere westliche Staaten bzw. Staatenbündnisse (NATO/EU) eine Mitschuld an Russlands Krieg? Sind berechnete russische Sicherheitsinteressen nicht berücksichtigt worden? Ist Russland durch die NATO bedroht worden? Geht es bei Russlands völkerrechtswidrigem Krieg gegen die Ukraine um die Verteidigung russischer Sicherheitsinteressen?

Ich nehme die Frage deshalb so auf, weil ich den Eindruck habe, dass ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Öffentlichkeit, aber auch namhafte Politologen wie z.B. Richard Sakwa, genau diese Auffassung vertreten. Diese Frage beantworte ich klar mit nein. Aus meiner Sicht werden in den entsprechenden Argumenten bzw. vorgetragenen Meinungen Dinge vermischt, die nichts miteinander zu tun haben: nämlich (1.) außenpolitische Fehleinschätzungen westlicher Politiker und vielleicht auch verpasste Chancen in der internatio-

nenalen Politik, die es natürlich gab, und (2.) den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Hierfür ist allein Russland verantwortlich.

Russland überfiel im Februar 2022 die Ukraine mit dem Ziel, die Regierung in Kiev zu stürzen und einen Vasallen einzusetzen. Die Einnahme Kievs und der Sturz der ukrainischen Regierung gelangen nicht, und russische Truppen verübten bei ihrem Rückzug furchtbare Kriegsverbrechen an Zivilisten in Butscha und Irpin. Der russischen Bevölkerung wurde der Angriff als »militärische Spezialoperation« und als Kampf gegen vermeintliche ukrainische Faschisten verkauft, z.B. in einer großen Ausstellung, die 2022 in der Moskauer Manege gezeigt wurde. Als Kriegsziele wurden die Entnazifizierung – ein Euphemismus für den geplanten Sturz der ukrainischen Regierung – und die Entmilitarisierung der Ukraine definiert. Erst als klar wurde, dass das Kalkül nicht aufging, wurde die sogenannte militärische Spezialoperation als existenzieller Überlebenskampf der »Russischen Welt« gegen den »kollektiven Westen« bzw. die NATO stilisiert.

Es geht beim russischen Krieg gegen die Ukraine nicht um russische Sicherheitsinteressen, es geht um die Herrschaftsinteressen und geopolitischen Ambitionen von Putin und seiner Entourage. Das möchte ich Ihnen gern erläutern: Ich komme zunächst zu meinem Punkt 1, den außenpolitischen Fehleinschätzungen bzw. zu den verpasssten Chancen westlicher Politiker. Die gab es: Auf einer grundsätzlichen Ebene ist versäumt worden, seit 1991 eine verlässliche Sicherheitsarchitektur aufzubauen und Russland bereits zu diesem frühen Zeitpunkt darin einzubinden. Möglicherweise ist auch das kleine Möglichkeitsfenster während der Präsidentschaft Dmitri Medvedevs außenpolitisch nicht hinreichend genutzt worden (u.a. im Zusammenhang mit dem Sturz Gaddafis in Libyen 2011).

Es hätten zudem größere und beharrlichere Anstrengungen im Bereich der Rüstungskontrolle unternommen werden müssen. Die Aufkündigung des 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen INF-Vertrags im Oktober 2018 durch Donald Trump (allerdings nach russischen Verstößen gegen den Vertrag) war eine wenig weitsichtige Entscheidung, die ohne Einbeziehung der NATO und zum Nachteil der europäischen Verbündeten getroffen wurde. Nicht eine vermeintlich aggressive NATO, wie Putin behauptet, sondern die Schwächung der NATO und die Schwächung der mit den politischen Entschei-

dungsfindungen in einem Bündnis notwendigen Checks-und-Balances sind das Problem. Trumps Entscheidung lieferte Putin leider und auf verquerer Weise die Argumente, mit denen er seine aggressive Politik der russischen Bevölkerung verkaufen konnte und kann, und ermöglichte es Putin, eine atomare Drohkulisse aufzubauen.

Russland war bis 2014 bzw. bis 2022 in alle wichtigen internationalen Entscheidungsgremien eingebunden: seit 1997 im NATO-Russland-Rat; 2001 wurden die G7 durch den Beitritt Russlands als G8 erweitert (seit März 2014 in Folge der Annexion der Krim suspendiert), Russland war Mitglied des Europarats (ausgeschlossen, bzw. Austritt im März 2022). Russland wurde weder durch die NATO noch durch die Ukraine bedroht. Die NATO hat sich 1997 in der NATO-Russland-Grundakte dazu verpflichtet, russische Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen und keine substantiellen Einheiten dauerhaft in den neuen NATO-Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts zu stationieren. Es gab dort daher nur – und auch erst seit 2016 als Reaktion auf Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim – die rotierenden eFP-Einheiten, d.h. multinationale Kampfverbände der NATO (NATO Enhanced Forward Presence (eFP)), die Russland definitiv nicht bedroht haben.

Putin fürchtet nicht die NATO, sondern demokratische Verfahren und Entwicklungen, die er als Bedrohung für sein korruptes oligarchisches Herrschaftsmodell wahrnimmt. Insbesondere seit Putins dritter Amtszeit hat das Regime kontinuierlich durch den Ausbau der Sicherheitsdienste, die Unterdrückung der politischen Opposition, die repressive Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Zerschlagung unabhängiger Medien, durch eine aggressive Geschichtspolitik und patriotische, militaristische Erziehung, die Kontrolle der Bildungseinrichtungen sowie durch die komplette Aushöhlung der Institutionen und der Justiz ein extrem repressives Klima geschaffen. Dieser Prozess wurde durch den Angriff auf die gesamte Ukraine nicht initiiert, aber wesentlich beschleunigt.

Teil 3: Innenpolitische Faktoren für den Krieg gegen die Ukraine

Putins Regime ist zwar schon lange nicht mehr auf Legitimation durch Wahlen angewiesen. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht sehr sensibel auf politische Stimmungen und soziale Unzufriedenheit reagieren würde (sonst würde es diese nicht permanent erheben) und auf hohe Zustim-

mungswerte angewiesen wäre. Ich möchte hier eine Tendenz anführen, die sich aus soziologischen Umfragen ergibt. Ich beziehe mich auf den Zeitraum zwischen 2012 und 2022 (Putins 3. und 4. Amtszeit). Putins generelle Zustimmungswerte waren besonders niedrig (jeweils 60%) in den Jahren 2012-2014 und in den Jahren zwischen 2018 und 2022. Grund für die relativ niedrigen Werte waren Unzufriedenheit aufgrund von Wahlmanipulationen und -fälschungen (Bolotnaja Proteste 2011/12, Proteste gegen die Nichtzulassung von Kandidaten im Vorfeld der Kommunalwahlen zur Moskauer Stadtduma 2019), unpopuläre Sozialreformen (Rentenreform 2018) und allgemeine wirtschaftliche Probleme.


Nach der Annexion der Krim stiegen Putins Popularitätswerte um 20% auf 80%. Nachdem der Krim-Effekt verpufft war, sanken Putins Popularitätswerte. Sie erreichten in Zusammenhang mit der unpopulären Rentenreform 2018 einen Tiefpunkt von 60% und stagnierten bis Januar 2022. Nach dem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 stiegen sie erneut auf 80% an. Zwar sind in autoritären Regimen erhobene Daten auf mehreren Ebenen mit Vorsicht zu interpretieren, jedoch stimmen die Daten des staatlichen Meinungsforschungsinstituts VZIOM mit denen des unabhängigen Levada Zentrums weitgehend überein. Wir können daher davon ausgehen, dass die Daten zumindest eine Tendenz adäquat wiedergeben. Aus den Erhebungen kann man mehrere Schlüsse ziehen: (1.) Ein Problem für die Putinsche Herrschaft sind offenkundig Proteste im Zusammenhang mit Wahlen. Der ukrainische Weg, aber auch die langanhaltenden Proteste in Belarus sind aus der Regimeperspektive gefährliche Blaupausen für eine alternative Entwicklungsmöglichkeit in Russland. (2.) Kriege bzw. aggressive Interventionen weisen offensichtlich einen Ausweg aus dem Popularitäts- und Legimitätsdilemma.

Kriegerische Handlungen und aggressive Außenpolitik erscheinen so als Strukturmerkmale russischer Politik unter Putin. Ein Strukturmerkmal sind sie in zweierlei Hinsicht: Kriegerische Handlungen bzw. die aggressive Durchsetzung geopolitischer Interessen (zumindest im postsowjetischen Raum) ermöglichen zum einen die Schärfung des Repressionsapparats im Inneren. Zum zweiten begünstigen sie offensichtlich eine Bindung der Gesellschaft an dem Machtapparat, wobei sich diesbezüglich die Situationen 2014

und 2022 stark voneinander unterscheiden. Während die Annexion der Krim als solche von einem wesentlichen Teil der Bürger der russländischen Föderation befürwortet wurde, erzeugte der Angriff auf die gesamte Ukraine zunächst keine Zustimmung, sondern ein hohes Maß an Verunsicherung. Die Bindung der Gesellschaft an den Machtapparat erfolgte später durch eine geschickte propagandistische Nutzung der durch den »kollektiven Westen« verhängten Sanktionen, wodurch bei vielen Menschen der Eindruck einer ungerechten Bestrafung entstand.

Insgesamt entspricht der russische Krieg in der Ukraine einem Muster, das sich seit dem zweiten Tschetschenienkrieg beobachten lässt. Der Krieg gegen die gesamte Ukraine unterscheidet sich jedoch in seinem Maßstab und in seinem Ressourceneinsatz erheblich von bisherigen Kriegen und Interventionen. Es ist zu befürchten, dass durch die Umstellung der Wirtschaft auf kriegsrelevante Produktion auf unterschiedlichen Ebenen Pfadabhängigkeiten entstehen, die das russische Regime dazu veranlassen, weiter Krieg bzw. weitere Kriege zu führen. Der Ökonom Michael Rochlitz hat kürzlich auf den Lohndruck hingewiesen, der sich durch die hohen Gehälter, die vor dem Hintergrund eines gravierenden Arbeitskräftemangels in der kriegsrelevanten Produktion gezahlt werden, auf den gesamten Arbeitsmarkt auswirkt. Damit bestehe die Gefahr, dass Putin weiter Krieg führen müsse, damit die Lohnerwartungen erfüllt werden können. Die Ernennung des ehemaligen Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und kompetenten Ökonomen Andrej Belousov als Verteidigungsminister (am 13. Mai 2024) spricht für eine langfristige Umstellung der russischen Wirtschaft auf kriegsrelevante Produktion. Es gibt leider Anlass zur Sorge, dass wir noch sehr lange mit einem aggressiven Russland werden leben müssen.

Anmerkung:

¹ Die Historikerin Dr. Sandra Dahlke leitet seit Anfang 2024 das Max Weber Netzwerk Osteuropa. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschichte des Russischen Reichs und der Sowjetunion. Von 1998 bis 2011 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Danach wechselte sie an das 2005 gegründete Deutsche Historische Institut Moskau, dessen Leitung sie auch von 2018 bis Ende 2023 übernahm. Das Institut wurde im Juni 2024 vom russischen Justizministerium zur »unerwünschten ausländischen Organisation« erklärt und daraufhin endgültig geschlossen. 

Dr. Dmytro Myeshkov, Nordost-Institut Lüneburg¹

Meine Damen und Herren, als Historiker freue ich mich besonders, an dieser Sektion teilzunehmen. Verstehen Sie mich nicht falsch, die Freude wird mir nicht die Besprechung des krachenden Scheiterns der deutschen Russland-Politik bereiten, sondern die Möglichkeit, hier im Podium, aber auch zusammen mit dem Publikum, die Gründe für dieses Scheitern zu besprechen. Und zwar aus der historischen Perspektive. Gewiss kann man verschiedene Entwicklungen, auch aktuelle Entwicklungen besprechen und diskutieren, ohne sich in die Vergangenheit allzu sehr eintauchen zu lassen. Das werden bestimmt die Kollegen dann in den späteren Sektionen auch tun. Ich bin aber immer wieder bei der Betrachtung der laufenden Diskussion zum Schluss gekommen, dass das Historische manchmal zu kurz kommt, dass diese Perspektive einfach weniger Beachtung findet. Es würde aus meiner Sicht den Debatten gut tun, wenn wir unseren Blick auf die Gründe des Geschehens schärfen.

Das betrifft auch das heutige Thema, die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion beziehungsweise dem postsowjetischen Russland, bei der, wie wir schon gehört haben, man spätestens Mitte 50er Jahre mit der Betrachtung schon einsetzen soll, als diese Politik nach und nach Gestalt annahm. Nach dem sehr ausführlichen, gründlichen Referat von Frau Dahlke bleibt mir nur einfach, einige Beobachtungen hier zur Diskussion zu stellen.

Ich möchte gern auf drei Punkte beziehungsweise Problemfelder eingehen. Der erste Punkt, den ich ansprechen will, ist die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der Sowjetunion beziehungsweise Russland. Egal, was in diesen Beziehungen gerade auf der Tagesordnung stand, war die Vorstellung von dieser Verantwortung für im Osten begangene Verbrechen zu Recht für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion ausschlaggebend. Und sie spielte auch später immer bei deren Entwicklung und Ausbau eine Schlüsselrolle. Symptomatisch in diesem Bereich war aber die Konkurrenz der Sichtweisen des Siegers, der Sowjetunion, und des Besiegten, Deutschland, auf die Vergangenheit. Denn es wurde nicht an den ganzen Zweiten Weltkrieg gedacht und erinnert, sondern nur an den deutsch-sowjetischen Krieg 1941/1945. Was Moskau auch dazu verhalf, unbequeme Fragen und Wahrheiten, wie zum Beispiel den gemeinsamen Überfall auf Polen 1939, weit auszuklamern und die eigene sowjetische Lesart des

Kriegsgeschehens auch im Westen, auch in Deutschland weitgehend durchzusetzen.

Vielleicht wegen dieser diskursiven Nähe stellte der Zusammenbruch der Sowjetunion, des ganzen Ostblocks, im erinnerungspolitischen Bereich, im deutschen Diskurs, eigentlich keine allzu große Herausforderung dar. Im postsowjetischen Russland erkannte man in der historischen Verantwortung Deutschlands eine wichtige Ressource und wusste diese immer besser einzusetzen. Deshalb hatte im offiziellen Moskau keiner was dagegen, wenn im deutschen Sprachgebrauch sowjetisch einfach durch russisch überall dort ersetzt wurde, wo es um Opfer und das angetane Leid ging. Nur sehr langsam wurde klar, dass es dabei nicht nur um eine harmlose begriffliche oder sprachliche Undifferenziertheit ging, sondern um eine Gedankenwelt, in der ein neuer Krieg erstmal überhaupt für möglich gehalten wurde. Also sprachlich.

Zuletzt haben Mitglieder der Deutsch-Ukrainischen Historischen Kommission, einer bilateralen Expertengruppe, die sich mit der Geschichte dieser Region auch während des Krieges und in der Nachkriegszeit beschäftigt, dringend davor gewarnt, der Argumentation des Aggressors zu folgen, der durch die geschickten Manipulationen das Leiden der Opfer in allen sowjetischen Republiken sowie ihren gemeinsamen Sieg über Nazi-Deutschland nur für sich allein beansprucht.² Während eines ihrer letzten Besuche in Moskau hat Kanzlerin Angela Merkel neben den russischen Opfern auch belarussische und ukrainische genannt. Wenn man die laufenden Debatten betrachtet, bleibt es leider noch ein seltener Fall. Die Frage, die damals auch im Bundestag um 2017 eine Rolle spielte, war, ob man der russischen Opfer gedenken kann, ohne dabei, insbesondere im Kontext des aktuellen Krieges, die ukrainischen zu erwähnen. Einige Historiker gingen auch so weit, dass man angesichts der Opferzahlen in erster Linie von den ukrainischen Opfern sprechen muss, bevor man das irgendwie differenziert. So viel zu meinen Beobachtungen zu einem sehr wichtigen Aspekt der deutschen Ostpolitik, der über die erinnerungspolitischen Aspekte weit hinausgeht.

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang auch ansprechen möchte, ist die Asymmetrie in den westdeutsch-sowjetischen und bundesdeutsch-russischen Beziehungen. Gewiss kann man das noch weiter erforschen und einge-

hend betrachten, aber meine ersten Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass sich in der russischen Sprache keine vergleichbare Formel oder Wendung etablieren konnte, wie wir das im Deutschen kennen. Also »Wandel durch Annäherung« existiert im russischen politischen Diskurs eigentlich kaum. Annäherung, ja, über »Sbliženie« (dt.: *Annäherung – die Redaktion*) konnte man auch in der offiziellen Presse damals noch nachlesen, aber auch die russischen Historiker, die sich mit dieser Problematik auch jetzt beschäftigen, schreiben über Annäherung. Wandel wird in diesem Kontext sprachlich kaum erwähnt. Das weist darauf hin, dass es auf beiden Seiten, was eigentlich völlig legitim ist, verschiedene Deutungen von Perspektiven und Zielen dieser Annäherung und dieser Politik sind.

Diese Sprachtradition und dieser Sprachgebrauch hat sich bis zu den Spätsowjetzeiten durchgesetzt und überdauert. Und es gibt ja auch Gegenbeispiele. Wir kennen zum Beispiel griffige Formeln, die aus den Spätsowjetzeiten kommen und die parallel sowohl im Deutschen als auch im Russischen existierten. »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« wurde ja auch sehr populär in beiden Ländern, was über »Wandel durch Annäherung« überhaupt nicht gesagt werden kann.

Durch diesen Sprachgebrauch stellt sich dann auch die Frage, inwieweit das Abbringen der Sowjetunion von ihren gesetzten ideologischen Zielen überhaupt möglich, überhaupt denkbar war. In Moskau, glaube ich, hat sich diese Frage überhaupt nicht gestellt. Und das hatte ja auch mit verschiedenen geopolitischen Potenzialen beider Gesprächspartner zu tun. Wir wissen ja, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion zur Großmacht mit Atomwaffen und in verschiedene internationale Organisationen aufgestiegen ist, und das Hauptziel sowjetischer Außenpolitik war natürlich auf die USA und auf Konkurrenz ausgerichtet.

Kurz zu den ukrainischen Perspektiven dieser westdeutsch-sowjetischen beziehungsweise post-sowjetischen Zusammenarbeit. Die Sowjetukraine hat dann von den Ostverträgen, aber auch von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Sachen Lieferung von Rohstoffen stark profitiert. Man kann aber über eine selbstständige Außenpolitik kaum reden. Profitiert heißt, dass über das Territorium der ukrainischen Sowjetrepublik viele Infrastrukturprojekte realisiert wurden. Schon aus der geografischen Lage ist das natürlich auch verständlich. Wichtig ist auch noch zu beachten, dass die ukrainischen Fachkräfte die Mehrheit

derer ausmachten, die in den westsibirischen Regionen diese Rohstoffvorkommen gefördert haben. In Westsibirien, in der Tyumenregion, arbeiten mehrheitlich zum Beispiel Absolventen von den Hochschulen in Ivano-Frankivsk in der Ukraine, also von diesen bekannten Kohle- und Gas-Hochschulen, die seit den 40er Jahren dort gegründet wurden und sich stark entwickelt haben.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion ändert sich die Lage. Diese Infrastruktursysteme, die jetzt auf dem unabhängigen ukrainischen Territorium existierten und quasi als Erbe der Sowjetunion an die Ukraine fielen, wurden für die junge ukrainische unabhängige Republik zum Verhängnis, weil sich diese gewinnbringende Zusammenarbeit als eine mächtige Korruptionsquelle und ein Druckmittel der Russländischen Föderation auf die Ukraine herausstellte. Ich verweise an dieser Stelle nur kurz auf die Gaskriege in den frühen 2000er Jahren.

Später, ungefähr seit den späten 90er Jahren, gingen die Russische Föderation und die Ukraine auch erinnerungspolitisch verschiedene Wege. Während in Russland sowjetische Vergangenheit, aber auch außenpolitische Errungenschaften in der Zusammenarbeit mit Westeuropa und mit Westdeutschland gepriesen wurden als eine tolle Leistung, wurde in der Ukraine alles Sowjetische manchmal vereinfachend und überspitzt, aber immer für suspekt erklärt und immer mit Skepsis betrachtet. Natürlich, die Korruption um die Transportwege verstärkte nur diese Entwicklung.

Und der dritte Punkt, den ich noch kurz ansprechen wollte, ist der Ökonomismus in der deutschen Ostpolitik. Ich möchte jetzt nicht die Gründe wieder erläutern, die ja schon kurz angesprochen wurden, warum es dazu gekommen ist, weil Westdeutschland eigentlich sicherheitspolitisch nur über eine stark beschränkte Souveränität verfügte. Deswegen blieb nur der wirtschaftliche Bereich, indem man auch nach außen aktiv zusammenarbeiten konnte. Die Folge dieses Primats und dieser fast ausschließlich wirtschaftlichen Außenpolitik ist unter anderem die Unterschätzung der Protestbewegungen, die zum Zusammenbruch des Ostblocks geführt haben. Man spricht gerne aus der eigenen Vergangenheit heraus, dass ausgerechnet wirtschaftliche Entwicklungen zu dieser Annäherung und zu diesen Umdenkprozessen geführt haben. Gleichzeitig klammert man antikommunistische Protestbewegungen, angefangen mit der DDR und Ungarn in den 50ern über Prag und so weiter bis Polen Anfang

der 80er Jahre, einfach weitgehend raus. Das sind jetzt drei Punkte, die ich gerne ansprechen wollte und die wir in der Diskussion vielleicht eingehend besprechen können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ Der Historiker Dr. Dmytro Myeshkov stammt aus dem ukrainischen Dnipropetrovs'k, wo er auch sein Studium absolvierte und danach in einem staatlichen Archiv arbeitete. Ab 2000 war er Doktorand an der Heinrich-

Heine-Universität Düsseldorf, danach u.a. wissenschaftlicher Redakteur des Lexikons »Das Jahrhundert der Vertreibungen. Deportation, Zwangsausiedlung und »ethnische Säuberung« in Europa 1912-1999«. Seit 2017 ist Myeshkov wissenschaftlicher Mitarbeiter des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) in Lüneburg, das als »An-Institut« mit der Universität Hamburg kooperiert. Es widmet sich der Kultur und Geschichte der Deutschen im nordöstlichen Europa.

² <https://www.faz.net/aktuell/politik/geschichte/ukraine-krieg-wie-wladimir-putin-das-gedenken-an-zweiten-weltkrieg-nutzt-19705837.html> (Bezahl-Inhalt, zuletzt abgerufen 13.8.2024)



Prof. Dr. Johannes Varwick, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg¹

Danke für die Einladung – und, das muss ich zu Beginn sagen, für die Akzentsetzung dieser Tagung heute. Ich glaube, wir werden das nicht schaffen, eine Art zweites Tutzing 1963 hinzubekommen, aber wir können uns doch vornehmen, die Themen anders zu diskutieren als das in diesem Land üblich geworden ist. Allein der Titel »Koexistenz mit Despotie« ist da weiterführend – also den Gedanken zuzulassen: Wie kann das politisch weitergehen im Verhältnis mit Russland, jenseits dieser doch militärlastigen Debatte, die wir seit zwei Jahren in diesem Land führen, die grundsätzlich auch richtig und notwendig ist, die aber nicht alles sein kann. Insofern danke für die Themensetzung.

Ja, was lief schief, was lief falsch in der Ostpolitik? Ich denke Frau Dahlke hat das völlig zu Recht gesagt: Uns lehrt eigentlich die erste Phase der Ostpolitik, also seit den frühen 1960er Jahren bis zum Abschluss dieser Phase mit der deutschen Einheit 1990 eigentlich gar nichts. Einfach deshalb, weil die historischen Rahmenbedingungen aktuell völlig andere sind. Und ich bin dankbar dafür, dass bereits gesagt wurde, dass das Konzept »Wandel durch Annäherung« hieß. Es hieß eben nicht »Wandel durch Handel«, wie das oft fälschlich dargestellt wird. Denn das ist etwas ganz anderes.

Dieses Konzept »Wandel durch Annäherung« war ja durchaus kolossal erfolgreich: Mit Abschluss der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 als Wegmarke und dann der Charta von Paris 1990, mit der der Westen diesen Systemgegensatz gewissermaßen gewonnen hat. Dann aber ist seit 1990 eine andere Phase eingetreten. Da hat Frau Dahlke auch die Wegmarken grundsätzlich ganz gut definiert. Ich will aber dennoch ein, zwei Widersprüche anmelden und eine Frage stellen, die ich eigentlich selbst auch gar nicht beantworten kann, aber die wir diskutieren müssen.

Der erste Punkt ist, wenn wir nach den Überbleibseln der ersten historischen Phase der Ostpolitik suchen, dann ist mein zentrales Take-away, wie man das Neudeutsch nennt, dass in dieser Phase sehr stark und zu Recht in strategischen Zusammenhängen gedacht wurde. Und wir sowas wie eine, wenn ich das mal so nennen darf, ethisch fundierte Realpolitik gemacht haben, die Interessenausgleich nicht diffamiert hat, sondern ihn trotz vollkommen unvereinbarer Wertebasis aktiv gesucht hat. Ich glaube, das sollte unverändert gültig sein – jedenfalls war das nicht erfolglos, so wie das viele heute behaupten.

Und ich hatte jetzt ja bereits zum Einstieg gesagt, dass die historische Konstellation eine andere ist. Aber aus dieser gewissermaßen immerwährenden Lehre können wir weiterhin analytischen und auch politikpraktischen Nutzen ziehen. Die Lehre lautet mithin: Interessenausgleich darf nicht gleich als kaltherzig oder wertevergessen diffamiert werden, sondern wir brauchen eine ethisch fundierte Realpolitik, die einen Blick für das Machbare behält, Eskalationsrisiken nüchtern in den Blick nimmt und sich nicht nur am Wünschenswerten orientiert. Und jetzt hat Frau Dahlke diese Punkte gemacht, denen ich eigentlich allen mehr oder weniger zustimmen kann. In der Energiepolitik beispielsweise ist viel falsch gelaufen in den vergangenen 20 Jahren. In der NATO-Politik ist viel falsch gelaufen. Und auch die russische Innenpolitik ist komplett falsch gelaufen.

Aber ich möchte dennoch eine andere Akzentuierung machen bei der Frage, ob es nicht doch auch legitime russische Sicherheitsinteressen geben darf und kann, oder ob das alles nur die Interessen einer korrupten Elite sind, die gewissermaßen einen Staat gekapert haben. Wenn wir so argumentieren, dass man russische Sicherheitsinteressen per se in Abrede stellt, dann kommen wir nicht weiter. Das ist einfach ein realistischer Blick

auf internationale Politik und auf strategische Zusammenhänge. Und ich wundere mich da ein wenig über unsere Naivität. Die NATO ist konventionell viermal so stark wie Russland, die NATO-Staaten geben zusammen rund 1.000 Milliarden Dollar für Rüstung im Jahr aus, die Russen gut 100. Und wir sagen dann immer, wir sind ja die Guten, wir wollen ja nur das Gute und rücken zugleich militärisch immer näher an russische Grenzen ran. Wir machen im Kosovo einen Militäreinsatz gegen russischen Willen. Wir machen in Libyen eine Intervention gegen russischen Willen. Wir bauen Raketenabwehrsysteme, die auch die russische Zweitschlagfähigkeit unterminieren könnten und so weiter und so weiter. Das ist jetzt ein Expertendiskurs, den ich hier nicht vertiefen kann und will, aber die Sichtweise, dass ein Land wie Russland keine Sicherheitsinteressen hat und das alles nur eine korrupte Clique um Putin ist, das spiegelt nicht die Realität der internationalen Politik wider.

Also natürlich gibt es russische Sicherheitsinteressen, auch legitime russische Sicherheitsinteressen, erstens. Und zweitens, ja, der politische Westen hat legitime russische Sicherheitsinteressen massiv verletzt. Es war eigentlich allen, die sich damit befassen klar – spätestens seit dem Gipfel in Bukarest 2008 der NATO, den Frau Dahlke vornehm nicht erwähnt hat, bei dem das Beitrittsversprechen an die Ukraine zur NATO gegeben wurde – dass damit russische rote Linien missachtet wurden.

Das kann man drehen und wenden, wie man will: Es war bekannt. Wenn Sie sich mal die öffentlich gewordenen Drahtberichte des damaligen amerikanischen Botschafters in Moskau Burns, der heute CIA-Chef ist, anschauen, dann war genau das Drehbuch, was nach diesem Gipfel von Bukarest passieren würde, messerscharf analysiert. Und wir wussten das, dass das massive russische Sicherheitsinteressen verletzt. Insofern bin ich mir nicht so sicher, dass wir gar nichts damit zu tun haben, dass Russland jetzt auf Abwege geraten ist. Dass Russland auf Abwegen ist, darüber brauchen wir gar nicht zu streiten. Darüber kann es ja unter vernünftigen Menschen keine zwei Meinungen geben, dass der Angriff auf die Ukraine ein massiver Völkerrechtsbruch und ein Zertrümmern der europäischen Sicherheitsordnung ist, bei dem die Schuld alleine auf russischer Seite liegt. Das ist ja glasklar.

Aber wir sollten unterscheiden in den Debatten zwischen Schuld, die auf russischer Seite liegt, und Verantwortung, die auch ein Gutteil mit auf

westlicher Seite liegt. Wir haben es eben nicht geschafft, Russland einen gleichberechtigten Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur einzuräumen und haben mit dem Beitrittsversprechen an die Ukraine die russische rote Linie mutwillig überschritten. Nochmal, Schuld liegt in Russland, hinsichtlich der Verantwortung müssen wir uns auch an unsere eigene Nase fassen. Das ist meine Korrektur an der Sichtweise von Frau Dahlke in der langen und komplexen Geschichte der NATO-Osterweiterung.

Dabei ist es gar keine Frage, dass es natürlich auch ukrainische Sicherheitsinteressen gibt. Aber der Gipfel von Bukarest war im Prinzip auch für die Ukraine die schlechteste der Optionen. Zu beschließen, die Ukraine wird NATO-Mitglied, aber nicht genau zu sagen, wann, und auch nicht den Weg dahin zu definieren, hat die Ukraine geradezu in eine geopolitische Grauzone gestoßen. Entweder man hätte es rasch machen müssen, aber Angela Merkel hat aus guten Gründen dagegen ein Veto eingelegt, weil sie wusste, und das sagt sie ja auch inzwischen öffentlich, ich war mehrfach selber dabei, das wäre gewissermaßen schon damals eine Art Kriegserklärung an Russland gewesen. Dann hätten wir den Krieg schon 2008 gehabt und nicht erst sechs Jahre später.

Also ich würde nicht sagen, dass wir ukrainische Sicherheitsinteressen missachtet haben, sondern es hätte einen Weg geben müssen, einen Kompromiss zwischen russischen Ambitionen und berechtigten ukrainischen Interessen zu finden. Dass es ein berechtigtes ukrainisches Interesse ist, in einem souveränen Staat, in seinen territorialen, völkerrechtlich akzeptierten Grenzen zu leben, das ist ja völlig unstrittig. Aber durch die westliche Strategie ist das Ziel ja nicht erreicht worden. Ich bin mir sicher, die Ukraine kommt nicht gut aus diesem Krieg raus, leider, sage ich. Und das war absehbar – auch aufgrund einer falschen westlichen Strategie.

Ich mache das jetzt sehr holzschnittartig, weil ich kein Ko-Referat halten, sondern nur noch einen Punkt ergänzen will, zu dem ich eine Frage habe. Frau Dahlke und auch Herr Myeshkov haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die russische Innenpolitik seit langer Zeit, spätestens unter Putin in eine besorgniserregende Richtung läuft, und wir das natürlich auch wahrgenommen haben, und dass das kein Geheimnis war. Die Frage ist aber, welche Einflussmöglichkeiten hätte es gegeben auf russische Innenpolitik? Da würde ich vor allzu viel Optimismus warnen. Ich glaube,

dass wir wenig Einflussmöglichkeiten haben auf die innenpolitische Entwicklung einer Großmacht oder einer Zentralmacht wie Russland. Man kann sicherlich einige Dinge besser oder schlechter machen und wir haben manches schlechter gemacht. Damit waren aber die Versuche, die wir in den vergangenen 20 Jahren gemacht haben, nicht allesamt konzeptionell falsch. Der Gedanke einer Modernisierungspartnerschaft mit Russland etwa war konzeptionell richtig und vor allen Dingen war er alternativlos – er ist aber durch eine falsche NATO-Erweiterungspolitik auf dem Gipfel in Bukarest geradezu konterkariert worden. Was wäre denn die Alternative gewesen? Wir brechen alle Kontakte ab, weil wir wissen, welche Natur das russische Regime ist? Das kann ja nicht der konzeptionelle Gegenentwurf sein, und auch die Energiepartnerschaft Nord Stream und anderes mehr gar nicht mehr als Hebel für Veränderungen zu nutzen, wäre keine viel bessere Strategie gewesen, die Russland in eine bessere Richtung gebracht hätte.

Nord Stream 2 hat natürlich ein Maß an Abhängigkeit mit sich gebracht, das schon an der Grenze zu Fahrlässigkeit war. Sollen wir allerdings nur noch Handel mit lupenreinen Demokraten treiben oder ist es nicht doch mit Freihandel und ökonomischem Austausch möglich, zumindest den Versuch zu machen, ein politisches Milieu mitzuformen, bei dem dann am Ende auch politische Konflikte besser lösbar sind, als wenn man das gar nicht hätte? Was wäre denn die Alternative? Eine ökonomische Eiszeit schon vorher und dann ein abgeschlossenes Gegeneinander von Blöcken? Das scheint mir nicht die bessere Alternative zu sein und auch zu keinem Zeitpunkt gewesen zu sein.

Wir haben zudem nach meiner Bewertung auch sehr intensiv und richtigerweise zumindest versucht, die Zivilgesellschaft zu stärken in Russland. Ja: es war am Ende nicht erfolgreich, ja, es war aber trotzdem konzeptionell richtig und insofern muss man, wenn man fragt, was lief falsch, auch die Frage stellen, was wäre denn die Alternative gewesen. Und eine denkbare Alternative wäre gewesen – als absehbar war, dass Putin sich innenpolitisch radikalisierte – spätestens mit der russischen Annexion der Krim 2014 bereits auf

sehr radikales Containment umzuschalten. Das hätte dann bedeuten können, die Ukraine ohne die Krim direkt in die NATO aufzunehmen und gewissermaßen schon da alle Kontakte mit Russland abzubrechen, scharfe Sanktionen zu verhängen und so weiter. Das wäre konzeptionell aber nach meiner Überzeugung nicht die bessere Alternative gewesen, sondern das wäre eine Scheinalternative, die vermutlich schon damals auf einen direkten Krieg mit Russland hinausgelaufen wäre.

Insofern: Ja – die vergangenen 20 Jahre sind mit der Perspektive von heute gescheitert, das Ergebnis ist ein Desaster, die europäische Sicherheitsarchitektur liegt in Trümmern. Aber ich sehe eigentlich nicht, was konzeptionell dem hätte entgegengestellt werden können. Und wenn wir das so sehen, dann glaube ich, müssen wir weiter darüber nachdenken, wie ein Interessenausgleich mit Russland, das ist meine Pointe, möglich gemacht werden kann.

Jeder, der sich mit Außenpolitik beschäftigt, lernt im ersten Semester, dass Außenpolitik immer heißt, mit den Augen des anderen zu sehen. Wir haben verlernt, mit den Augen der anderen zu sehen. Das ist sicher besonders schwer mit einer unappetitlichen Autokratie wie Russland. Aber in dieser Phase, in der ein Austausch noch möglich war, haben wir verlernt, mit den Augen der anderen zu sehen. Mehr Diversität, das ist immer gut. Aber wir haben, glaube ich, in der deutschen Debatte eher einen Mangel an strategischer Perspektive. Die Osteuropa-Wissenschaft hat im Moment die Diskurshegemonie. Und ich habe den Eindruck, dass weite Teile der Osteuropa-Wissenschaft eher Aktivisten sind als Analytiker.

Anmerkung:

¹ Prof. Dr. Johannes Varwick lehrt seit März 2013 als Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Nach Studium in Münster promovierte er dort mit einer Arbeit über »Sicherheit und Integration in Europa«, danach war er zunächst Leiter des Bereichs europäische Sicherheitspolitik am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin und später u.a. an der Hamburger Universität der Bundeswehr (Helmut-Schmidt-Universität) sowie an den Universitäten Kiel und Erlangen-Nürnberg tätig. 

Darf man Puschkin noch lesen? Kulturpolitik und die Kunst der Differenzierung

Olaf Zimmermann, Deutscher Kulturrat¹

Ich soll ja die Frage beantworten: Darf man Puschkin noch lesen? Diese Frage kann ich ganz einfach beantworten: Ja. Und dann kann ich wieder gehen und ich habe meinen Auftrag heute hier erledigt. Aber ich will natürlich jetzt nicht nur einfach Ja sagen, sondern will zumindest versuchen, es zu untermauern. Ich fand es ganz spannend, weil Professor Varwick ja eben so eine Art von Aufteilung gemacht hat, auch der Rednerinnen und Redner heute hier. Wir haben auf der einen Seite die Historikerinnen und Historiker. Und er hat dann davon gesprochen, dass es eben auch diese Realpolitiker gibt, die hoffentlich im besten Falle auch noch irgendwie ethisch dominiert sein könnten und ihre Realpolitik machen können. Ich bin, da entschuldige ich mich gleich dafür, einer von diesen Realpolitikern. Das heißt also, meine Aufgabe ist zu schauen, was man für den Kunst- und Kulturbereich erreichen kann? Was kann man letztendlich machen? Wie können wir uns aufstellen, auf der nationalen, aber auch auf der internationalen Seite? Und deswegen ist die Frage, darf man Puschkin noch lesen, natürlich eine, bei der ich schon gerne noch mal ein bisschen tiefer hineingehen will.

Ich glaube, wir müssen uns dann schon noch mal mit den deutsch-russischen politischen Beziehungen, aber besonders mit den Kulturbeziehungen von Russland und Deutschland beschäftigen, die ja Jahrhunderte alt sind. Im Kultursektor löste der russische Angriffskrieg auf die Ukraine eine Welle der Solidarität aus. Museen und Galerien haben angefangen, ganz am Anfang Verpackungsmaterial oder Antibrennpaste zur Verfügung zu stellen. Sie erinnern sich an die großartigen Kirchen, Holzkirchen in der Ukraine, die gerade in den ersten Kriegstagen von Brandbomben enorm gefährdet waren. Es war eine logistische Leistung, so viel Antibrennpaste – man streicht das ganze Gebäude dann damit ein, damit, wenn eine Bombe einschlägt, es trotzdem nicht ganz abbrennt – letztendlich da hinzuliefern. Ukrainische Künstlerinnen und Künstler, die nach Deutschland flohen, wurden aufgenommen und ihnen wurden Ateliers, Auftrittsmöglichkeiten und ähnliches geboten.

Viele Menschen interessierten sich erstmals intensiv für die Ukraine. Der offizielle Kulturkontakt nach Russland wurde hingegen von einem

zum anderen Tag auf Eis gelegt. Ausstellungen, die über Jahre vorbereitet worden waren, wie zum Beispiel die Schliemann-Ausstellung in Berlin, mussten ohne russische Leihgaben auskommen. Forschungsreisen wurden abgesagt, Forschungsprojekte wurden nicht fortgesetzt. Dabei sind zwei Gründe voneinander zu unterscheiden. Zum einen konnten sich viele nicht vorstellen, einfach so wie vorher mit russischen Kolleginnen und Kollegen weiter zusammenzuarbeiten. Zum anderen wollten viele die russischen Kolleginnen und Kollegen auch nicht in Gefahr bringen. Wir haben viele Gespräche geführt, wo Kontakte nicht weitergeführt wurden, weil auch die Kolleginnen und Kollegen in Russland Sorgen um ihre eigene Sicherheit hatten, wenn der Kontakt aufrechterhalten würde. Andere können eben erst jetzt hier freier reden, was sie in Russland eben nicht konnten.

Darüber hinaus war es ähnlich dem Jugoslawienkrieg so, dass Kollegen in Orchestern, die über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, friedlich nebeneinander gesessen haben und gespielt haben, dies nicht mehr wollten. Ich muss Ihnen ganz offen sagen, das war eigentlich einer meiner größten Schocks gewesen, weil wir am Anfang gedacht haben, der Kulturbereich ist so anders wie alle anderen Bereiche und es wäre natürlich möglich, auf den Bühnen und in den Orchestergräben etwas anderes zu machen als im Rest der Gesellschaft. Es war nicht möglich, das muss man klar feststellen.

Die ersten anfänglichen Überlegungen, die ersten Experimente sahen noch ganz vielversprechend aus, aber so wie der Krieg an Brutalität immer mehr zugenommen hat, konnten sich ukrainische Künstlerinnen und Künstler in der Regel nicht mehr vorstellen, neben russischen Künstlerinnen und Künstlern weiterzumachen. Und da trat natürlich dann schon die Frage auf, ob Puschkin noch gelesen werden kann. Ich bin gespannt, was Sie, Frau Smola, nachher dazu sagen werden.

Im Moment, wenn ich das mal ganz offen sage, reden wir in Deutschland fast nur noch über Waffensysteme. Das ist ein ganz erstaunlicher Umstand. In einem Land, das – finde ich – aus vernünftigen Gründen nicht ständig über Waffensysteme gesprochen hat, haben wir uns quasi inner-

halb kürzester Zeit gewandelt. Und obwohl Deutschland nach den USA das Land ist, das am meisten Unterstützung für die Ukraine leistet, wird die Bundesregierung nach wie vor als ganz besonders zaudernd in der Welt dargestellt. Und nach wie vor bietet Deutschland Flüchtlingen aus der Ukraine einen absolut privilegierten Schutz, den wir sonst niemandem bieten, den es sonst für keine andere Gruppe von Geflohenen in Deutschland gibt.

Wir machen da schon Unterschiede, und ich will das hier einfach mal bei einer Veranstaltung der evangelischen Kirche sagen, gerade heute am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung: Besonders die russischen Kriegsdienstverweigerer haben es ganz besonders schwer, in Deutschland Asyl zu bekommen.

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel hat der Ukraine-Krieg allerdings in der Wahrnehmung enorm an Bedeutung verloren. Die Blicke sind jetzt viel stärker auf Israel gerichtet und den Krieg mit der Hamas, erst auf den Terroranschlag und dann auf die Reaktion Israels. Gerade im Kulturbereich hat die Veränderung dieser Sichtweise dramatische Situationen angenommen. Viele von Ihnen werden hoffentlich den ESC gesehen haben, den European Song Contest, aber Sie werden auch gehört haben, dass man dort leider in einer absolut ungebührlichen Weise mit der israelischen Musikerin umgegangen ist, sie in einer Art und Weise ausgebuht hat, wie ich wirklich finde, dass das nicht sein kann und dass das vollkommen unempathisch war. Wir haben im Kulturbereich im Moment heftige Auseinandersetzungen, vielleicht die heftigsten, an die ich mich erinnern kann, aber auch sehr viele antisemitische Angriffe. Wir haben die Debatte bei der Berlinale in diesem Jahr gehabt, wir haben sie gehabt besonders stark auch bei der Documenta.

Erlauben Sie mir nur, dass ich jetzt noch einmal ganz kurz, und ich beeile mich auch, darauf blicke, wie sieht die Situation heute aus und wie ist meine Position. Das Positive ist, selbstverständlich wird Puschkin auch weiterhin gelesen. Das Schöne ist nämlich, dass der Kulturbereich sich das auch nicht von irgendjemandem vorschreiben lässt, was letztendlich gelesen wird. Da gibt es auch keine Staatsräson. Aber ich fand es ganz spannend, gestern haben ja die künftige Intendantin der Staatsoper Unter den Linden, Elisabeth Sobotka und der neue Generalmusikdirektor Christian Thielemann ihre Pläne für die nächste Spielzeit vorgestellt. Und vielleicht haben Sie das gelesen, weil das Besondere ist, und das wird

sicherlich auch nicht ohne Auseinandersetzung bleiben, es wird eine Neuinszenierung von Nabucco geben und Anna Netrebko singt die Abigaille; das ist schon eine erstaunliche politische Entscheidung. Da können wir gerne darüber streiten, ich unterstütze das, ich finde das richtig, dass Anna Netrebko in Deutschland auftreten kann und dass sie das machen kann, aber das wird noch heftige Diskussionen und Auseinandersetzungen geben.

Das Negative ist, dass ich noch nicht erkennen kann, wie die Kulturbeziehungen zu Russland strukturell weiterentwickelt werden können unter diesen schwierigen Lagen. Strukturell heißt, auch kulturpolitisch weiterentwickelt werden. Und das ist eine Frage, die wir natürlich in erster Linie an die Bundesregierung und an die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stellen müssen. Sie wissen ja, diese ist die dritte Säule der Außenpolitik und beschreibt eben so etwas wie eine besondere Art der Diplomatie. Das macht es uns im Moment schwer, zu vernünftigen Formen der Zusammenarbeit mit Russland zu kommen, weil nämlich die Außenpolitik letztlich sehr stark von anderen Zwängen belegt ist als von kulturpolitischen, die für uns so wichtig wären.

Und ich will es ganz offen sagen: Unter Annalena Baerbock haben sich die Spielräume in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik noch einmal deutlich verkleinert. Die Autonomie der Mittlerorganisationen, des Goethe-Instituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes hat enorm gelitten. Wir haben also eine Situation, die ich mir bei Regierungsantritt der Ampel-Koalition nicht hätte vorstellen können. Wie kann es also weitergehen? Es kommt jetzt also auf den zivilgesellschaftlichen Dialog und auf die kulturellen Einrichtungen im Inland an, weil die zum Beispiel freier agieren können als etwa das Goethe-Institut. Sie sind auch nicht in ein so enges kulturpolitisches Korsett eingebunden und können den Spielraum bieten, den wir brauchen, und die Türen offenhalten.

Dass Russland der Aggressor ist, das brauchen wir nicht zu diskutieren. Die Frage ist aber: Wollen wir wirklich den Kulturaustausch mit Russland abbrechen lassen? Und ich glaube, es ist unsere Verantwortung, alles dafür zu tun, dass dieses Pflänzchen Kulturaustausch weiter blühen kann. Was bleibt also, meine sehr verehrten Damen und Herren? Lesen Sie Puschkin, hören Sie Schostakowitsch und Tschaikowsky, genießen Sie russische Kultur als Teil der großen europäischen Kulturgeschichte und natürlich auch der kulturel-

len Gegenwart. Und lassen Sie uns etwas dafür tun, dass dieser furchtbare Krieg Russlands gegen die Ukraine endet.

Erlauben Sie mir, mit einer Zeile zu enden, die mir immer wichtig war. Sie stammt aus einem Gedicht von Walter Bauer »Postkarte an junge Menschen« und ist kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben worden. Dort heißt es: »Lebt nicht wie wir, lebt ohne Furcht!« Ich finde, dass wir das erreichen müssen. Und das können wir

auch durch Kulturaustausch bestärken. Dafür will ich auch gerne in diesem Rahmen werben.

Anmerkung:

¹ Olaf Zimmermann war nach einem Volontariat als Kunsthändler zunächst Geschäftsführer verschiedener Galerien und ist seit 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats. In dieser Funktion ist er Herausgeber und Chefredakteur der Monatszeitschrift »Politik & Kultur« und Mitherausgeber der Monatszeitschrift »Zeitzeichen – Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft«.



Prof. Dr. Klavdia Smola, Technische Universität Dresden¹

Aufgrund meiner Professorinentätigkeit und Forschungsschwerpunkte bin ich von Menschen aus Russland umgeben, die nicht nur gegen den Krieg sind, sondern auch schon lange vor dem Krieg Kritiker von Putins autoritärer Politik waren. Es sind Dissidenten, die auf die Erfahrung aus den Zeiten des Kommunismus zurückblickten. Oder viele politisch engagierte KünstlerInnen, die in Russland tätig waren und immer noch tätig sind und die die Erfahrung der Diktatur ihrer Eltern und Großeltern kreativ und intellektuell aufarbeiten.

Ich selbst komme aus einer semi-dissidentischen Familie, die schon zu Sowjetzeiten in einer Art inneren Emigration lebte. Mein Vater, ein habilitierter Philologe, hat immer versucht, wissenschaftlich »außerhalb« des Regimes tätig zu sein, z.B. im Institut der Weltliteratur, wo er angestellt war. Dort hat er versucht, Werke halbverbotener Autorinnen und Autoren aufzuarbeiten und Publikationen durchzusetzen.

Für mich stellte sich deshalb nicht wirklich die Frage, ob alle Russinnen und Russen pauschal Putin-Anhänger sind. Nichtsdestotrotz war mir immer bewusst, dass ich in einer Blase lebe. Doch die Existenz in einer Blase – wie das in der Sowjetzeit z.B. im künstlerischen Untergrund praktiziert wurde, es war oft eine Art kreativer Eskapismus – ist heute nicht mehr möglich. Es gibt keine klassische Trennung zwischen oben und unten, offiziell und inoffiziell, sondern das gemischte Nebeneinander und Gegeneinander von Ansichten; Risse gehen zunehmend durch Freundeskreise und Familien. Der Krieg der Realitäten, bei dem Meinungen über das, was wahr oder falsch ist, auf unterschiedlichen Medienzeugnissen beruhen, wiederholt jedoch zu einem gewissen Grad die Situation des Kalten Krieges.

Darf man Puschkin noch lesen? Ich würde tatsächlich sagen, wie sollte man Puschkin und andere Klassiker heute lesen? Ich glaube, diese Formel der Kunst der Differenzierung im Titel des Panels ist eine sehr wichtige Formel. Deswegen würde ich schon widersprechen, Herr Zimmermann, dass man nicht einfach nur weiterlesen sollte, sondern man sollte es auch schon ein bisschen anders machen. Differenzierung bedeutet, dass wir zunächst die Augen vor der imperialen und oft sogar kolonialen Beschaffenheit der russischen Kultur und ihrer Klassiker nicht verschließen.

Ich erinnere nur an die klassischen Beispiele, etwa an das Gedicht von Alexander Puschkin über »Die Verleumder Russlands«, worin er die Niederschlagung des polnischen Aufstands durch das russische Imperium nicht nur rechtfertigt, sondern auch glorifiziert und so ein Bild vom russischen Imperium entwirft als einem großen Territorium vom Ural bis Georgien, von der Krim bis nach Finnland. Und was interessant ist, dass die Beziehung zwischen Polen und Russland ein innerlawischer Streit sei, in den sich der Westen nicht einmischen sollte. Bis hin dazu, dass Russland die Sünden Europas gesühnt habe durch den Sieg über Napoleon.

Das ist alles Puschkin oder auch Dostojewski, wenn man sein »Tagebuch dieses Schriftstellers« nimmt. Da stehen einem an manchen Stellen die Haare zu Berge, wenn man es heute liest. Stellenweise ist es sogar ein antisemitisches Journal, wenn auch nicht überall. Gleiches gilt für Joseph Brodskis Diffamierung der ukrainischen Kultur als provinziell oder Tolstojs erzkonservative Aussagen über Frauen.

Als Forscherin, und, ja, gewissermaßen ein bisschen auch Aktivistin in der Forschung, denke ich

nicht, dass wir diese Klassiker verbieten oder zensurieren sollen. Das wäre absolut falsch. Dies bedeutet aber auch, dass wir historisch vorgehen und analysieren müssen, statt zu negieren oder zu verbieten. Ich zitiere den jungen Wladimir Majakowski mit seinem ikonoklastischen Aufruf: »Wir werfen die Klassiker vom Dampfer der Gegenwart.« Das sollten wir heute nicht tun.

Das ist zum Beispiel auch das Thema eines Seminars von mir an der TU Dresden unter dem Titel: »Kulturerbe der Barbaren? Literatur und Kunstkanon heute.« Spätestens nach dem Beginn beziehungsweise der Eskalation des Krieges in der Ukraine wurde die Frage nach der Revision des russischen Kulturkanons gestellt oder erneut aktuell. Und leider eben erst dann. Wie können wir heute mit einem Kulturerbe umgehen, das zur ideologischen Waffe eines autoritären Staates und der imperialen Politik wird?

Aber auch jenseits des russisch-ukrainischen Konflikts gerät die Autorität der Klassiker heute weltweit stark ins Wanken. Den Genies der Vergangenheit werden Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Nationalismus vorgeworfen. Unsere gesellschaftlichen, ethischen und politischen Vorstellungen haben sich so stark verändert, dass die angeblich von der humanistischen Tradition geprägten Werke uns zum Teil keine positiven Werte mehr vermitteln können. In den letzten Jahrzehnten werden die Kulturkanons der Menschheit – literarische Texte und Kunstwerke – von den kritischen Kulturtheorien hinterfragt und zuweilen sogar verworfen. Analytische Konzepte der postcolonial, animal Studies oder gender Studies bewegen uns immer mehr dazu, die Weltkultur aus einer ganz neuen Perspektive zu sehen. Auch meine Studierenden sind sich einig, dass ein Verbot, eine Zensur, aber auch das Gegenteil – eine Kanonisierung nach dem alten sowjetischen Muster – eine falsche Lösung wäre.

Mir scheint, dass die Werke der genannten AutorInnen eine kritische, diskussionsorientierte Lektüre dringend benötigen und dass sie erneut herausgegeben werden müssen – versehen mit *historisch fundierten und die Gegenwart mitdenkenden* Kommentaren. Auch unter meinen KollegInnen in Deutschland ist das kein selbstverständlicher Gedanke: »Man kann es nicht allen recht machen«. Damit beginnt aus meiner Sicht schon die Pauschalisierung, die eine Differenzierung schwer macht. In den sozialen Medien, die ich nutze (vor allem Facebook), aber auch in der regime-unabhängigen Presse sind die Geister geschieden und es geht dort sehr kontrovers zu:

Auch die liberalen russischen Intellektuellen sind, so scheint mir, in ihrer Mehrheit noch weit davon entfernt, ein Umdenken zu begrüßen. In der russischen (und breiter osteuropäischen) Kultur ist die Verehrung der Klassiker nach wie vor sehr stark: Das rührt nicht erst von der sowjetischen Sozialisierung her, sondern kommt aus früheren Zeiten: Schriftsteller waren Lehrer des Volkes, Prediger, politische Denker, moralische Autoritäten und übten eine immense Wirkung auf die Menschen aus (ein Paradebeispiel ist hier natürlich Lew Tolstoj mit seinen Schriften gegen den Krieg und die Kirche, seinen erschütternden Beschreibungen der Kaukasus-Eroberungen, den Predigten der vegetarischen Lebensweise und sexueller Enthaltsamkeit). Diese Tradition der Klassiker-Verehrung missbrauchte natürlich auch die Sowjetmacht und heute Putins Kulturpolitik. Die Kehrseite der Schriftsteller- und Dichterverehrung ist eine Säuberung des Kulturkanons und sogar eine Bücherverbrennung.

Das ist auch in den Bestrebungen in der Ukraine zu beobachten, sich von russischer Literatur zu befreien. Dort stehen Tolstoj, Puschkin und Achmatowa auf dem Index. Das ist Teil der Entrussifizierung. Seit Februar 2022 sind in der Ukraine mehr als 30 Puschkin-Denkmäler abgerissen worden. Das erinnert natürlich stark an Amerika, wo Kolumbus-Denkmäler entfernt wurden und der Kolumbus-Tag zum »Tag der indigenen Bevölkerung« mutierte.

Ich selbst habe im April 2022 eine bittere Erfahrung machen müssen. Nach der Ankündigung einer Ringvorlesung zu Kunst und Gender, in der ich ukrainische, russische und belarussische oppositionelle WissenschaftlerInnen zu Wort kommen ließ, gab es von Seiten ukrainischer Intellektueller Hetze auf Facebook. Ich war sicherlich nicht die einzige, die eine solche Erfahrung machen musste. Ein Weltbild aber, das die Herkunft des Menschen zur Basis seiner Bewertung erklärt, reproduziert nur die Propaganda von Putin, die auf künstlich erstellten nationalen Phantomvorstellungen aufbaut.

In allen diesen Fällen ist also das Verhältnis zur eigenen Nationalkultur, das auf einem Kanon basiert und mit Ausschlussmechanismen und einer Stereotypisierung arbeitet, äußerst fraglich. Das deckt sich nur zum Teil mit »richtigen« oder »falschen« politischen Überzeugungen. Eine Manipulation mittels der Kultur kann nur dann funktionieren, wenn kein kritischer Umgang mit dieser Kultur gepflegt wird. Heute beobachten wir in Russland, dass auch die progressivsten Denker

und Putin-Gegner von imperialistischen Annahmen nicht frei sind. Die russischen Liberalen sind nicht selten ziemlich konservativ, wenn ich das so sagen darf. Dankeschön.


Dr. Jörg Morré, Museum Berlin-Karlshorst¹

Das Museum Berlin-Karlshorst ist in der Frage der deutschen auswärtigen Kulturpolitik gegenwärtig ein gutes Beispiel um aufzuzeigen, worin die Tücken einer ins Ausland gerichteten Kulturpolitik bestehen. Das Museum in seiner heutigen Verfasstheit wurde 1994 geschaffen. Es war bereits seit 1967 ein sowjetisches Militärmuseum und wurde nun in eine deutsch-russische Trägerschaft überführt. Auslöser war der bereits 1990 im Zuge der deutschen Einheit vereinbarte Abzug sowjetischer (dann ab 1992 russischer) Truppen von deutschem Boden. Alle sowjetischen Militäreinrichtungen gingen sukzessive in deutsches Eigentum über, so auch das Museumsgebäude. Und das wiederum war der historische Ort, an dem die deutsche Wehrmacht am 8. Mai 1945 im sowjetischen Hauptquartier kapitulierte.

Dieser Akt in Berlin-Karlshorst war nach der vorangegangenen deutschen Kapitulation in Reims im amerikanisch-britischen Hauptquartier der allerletzte Akt, um den Zweiten Weltkrieg in Europa zu beenden. Das macht bis heute die historische Relevanz dieses Ortes aus. Bereits im Sommer 1990, d.h. noch vor der Vollendung der deutschen Einheit, ergriff der damalige sowjetische Museumsleiter die Initiative. Erfolgreich weckte er das deutsche Interesse, über eine Fortsetzung der Museumsarbeit am historischen Ort nachzudenken. Es wurde dann der Weg eingeschlagen, über ein Projekt unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums – damals selbst noch in Gründung und Aufbau befindlich – eine neue Museumskonzeption zu erarbeiten, um schließlich 1994 das Haus in eine deutsch-russische Trägerschaft und damit in die Eigenständigkeit zu entlassen.

Zu der Zeit war es der Bundesrepublik Deutschland enorm wichtig, der internationalen Öffentlichkeit das als eine Geste der Versöhnung zu vermitteln. Denn nicht wenige Nachbarländer sahen mit Vorbehalt auf ein wiedervereinigtes Deutschland in der Mitte Europa. Es war daher ein sehr politisches Anliegen, die »Zusammenar-

Anmerkung:

¹ Prof. Dr. Klavdia Smola studierte nach Abitur an einer Schule in Moskau von 1991 – 1996 Slawistik an der dortigen Lomonosov-Universität. Nach der Promotion an der Universität Tübingen 2004 war sie an verschiedenen Universitäten u.a. in Moskau, Greifswald und Berlin tätig, bevor sie 2019 die Professur für Slavische Literaturwissenschaft an der Technischen Universität Dresden übernahm. 

beit ehemaliger Feinde am historischen Ort« – so die damalige Wortwahl – allen bekannt zu geben, um den friedlichen Charakter des wiedervereinigten Deutschlands zu beweisen. Vermutlich war das auch der Grund, die Satzung des Trägervereins des Museums so abzufassen, dass Deutschland ohne die Zustimmung anderer, nicht-deutscher Mitglieder zu substantziellen Änderungen nicht fähig gewesen wäre.

Und das ist das heutige Problem des Museums Berlin-Karlshorst: Ohne Zustimmung bzw. Absprachen mit der russischen Seite kann an dem Museum substantziell nichts verändert werden. Denn zusätzlich zu den vereinsrechtlichen Statuten tauschte die Bundesregierung zwischen 1991 und 1994 diplomatische Noten mit der Regierung der Sowjetunion respektive der Russischen Föderation aus, die die deutsche (Außen)Politik auf eine unbedingte Absprache mit der russischen Seite festlegte. Das ist bis heute völkerrechtlich bindend. Und es unterstreicht den oben aufgezeigten außenpolitischen Wert, der der deutsch-russischen Zusammenarbeit 1994 zugemessen wurde. Seit dem vollumfänglichen Krieg Russlands gegen die Ukraine jedoch will die Bundesregierung keinen Kontakt mehr zu staatlichen russischen Stellen.

Ein grundlegendes Problem besteht darin – und das Karlshorster Museum macht das überdeutlich –, dass im außenpolitischen Sinne »Versöhnung« immer nur auf einer staatlichen Ebene gedacht wird. Die staatlichen Repräsentanten reichen sich die Hand und nehmen gemeinsam an entsprechenden Gedenk- und Erinnerungsakten teil. So wichtig das ist, so blendet es die so genannte zivilgesellschaftliche Ebene aus. Sie wird gerne hinzugenommen, zu dem was auf staatlicher Ebene getan oder manchmal auch nur intendiert wird. Gerade die deutsche Außenpolitik hat schon immer die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Ausland ins Feld geführt, wenn es darum ging, historische Aufarbeitung oder ganz allgemein »Demokratie« zu unterstützen. In Be-

zug auf Russland waren das Formate wie beispielsweise der Petersburger Dialog. In Krisenzeiten sind solche Unternehmungen ganz schnell ohne weitere staatliche Unterstützung und werden eben nicht dazu genutzt, einen Austausch oder gar eine Versöhnung zwischen den Ländern zu bewahren oder gar zu fördern. Das betrifft gegenwärtig das Museum Berlin-Karlshorst ebenso.

Und dieses politische Klima schlägt durch auf das allgemeine gesellschaftliche Leben in Deutschland. Kommunalen Entscheidungsträgern (Bürgermeister) schien es opportun, nach dem vollumfänglichen russischen Angriff am 24. Februar 2022 russischen Künstler:innen zu kündigen; Menschen, die wegen ihres Könnens – nicht wegen ihrer Nationalität – eingestellt wurden, mit deren Nationalität man sich aber gerne schmückte, wenn es um Gesten der Völkerverständigung gehen sollte. Noch eklatanter war es, wenn auf Austausch und internationales Miteinander angelegte Organisationen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Menschen allein aufgrund ihrer russischen Staatsbürgerschaft aus dem Austausch ausschlossen. Das waren Vorverurteilungen, die auch nach unseren eigenen demokratischen Standards nicht zulässig waren. Und doch war das die Politik, die im Kleinen wie im Großen von Deutschland betrieben wurde.

Meine Empörung darüber ist deswegen so groß, weil nicht differenziert wurde. Denn selbstverständlich sollte das öffentliche und damit mitunter auch politische Agieren einer Einzelperson mit in Betracht gezogen werden, wenn ihr die Bühne bereitet wird. Dann ist ein:e Starkünstler:in an all ihren bzw. seinen öffentlichen Auftritten zu messen und ggf. zu sanktionieren. Dann wäre es aus meiner Sicht zulässig, russische Kulturschaffende in Deutschland zu ächten, wenn sie sich öffentlich der völkerrechtswidrigen russischen Kriegspolitik anschließen. Wichtig aber ist das Adjektiv »öffentlich«. Es geht nach unserem Verständnis von Menschenrechten keinen etwas an, und den Staat schon gar nicht, was ein Individuum für sich denkt.

Das Museum Berlin-Karlshorst ist per se als Museum ein öffentlicher Ort. Es ist zudem ein wichtiger russischer Erinnerungsort; auf staatlicher Ebene, auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Persönlichen. Das sind drei sehr unterschiedliche, aber alle gleichermaßen sinnstiftende Ebenen, die in der Arbeit des Museums Berücksichtigung finden. Auf staatlicher Ebene gibt es seitens der

deutschen Museumsleitung eine klare Ablehnung der russischen Seite. Russische staatliche Vertreter werden nicht mehr eingeladen und das staatlich verbreitete Geschichtsbild wird als politisch instrumentalisierte Propaganda abgelehnt. Auf dieser Ebene kann es aus deutscher Sicht momentan keinen Austausch mehr geben. Die russische zivilgesellschaftliche Ebene ist für das Museum aktuell leider nicht nutzbar, denn in der Russischen Föderation können sich die Menschen nicht mehr frei äußern zu ihrer Sicht auf die Geschichte. Es gibt dabei keine vor staatlicher Kontrolle geschützten Räume, die für das Museum erreichbar wären. D.h. Einladungen zu öffentlichen Veranstaltungen in Berlin oder Kontakte und Austausch über digitale Medien müssen entfallen. Zunehmend gilt das ebenso für den Umgang mit russischen Staatsbürger:innen im Exil. Die persönliche Ebene ist nach wie vor existent, wobei es sehr wenige russische Individualbesucher:innen im Museum geworden sind. Solange dieser Austausch im Persönlichen bleibt, ist er geschützt und findet weiterhin statt.

In der ganzen Diskussion um Kulturpolitik sollte nicht vergessen werden, dass viele Dinge um unserer selbst willen geschehen, geschehen müssen. Beispielsweise sollten Werke russischer Komponisten weiterhin gespielt werden dürfen, weil es dabei um unsere, deutsche Auseinandersetzung mit russischer Kultur geht, die selbstverständlich in ihrem Entstehungszusammenhang wahrgenommen werden sollte. Die museale Arbeit am historischen Ort Karlshorst sollte weitergehen, weil es dabei ebenso um einen Ort deutscher Geschichte geht. Vor allem ist es ein Ort dynamischer Wahrnehmung von Geschichte. Der Blick in die Vergangenheit war schon immer abhängig von der Gegenwart derjenigen, die zurückschauen. Und so empfinden wir es heute als Fehler, das Museum in allein deutsch-russischer Zusammenarbeit aufgebaut zu haben, obgleich es damaligem Zeitgeist entsprach. Schon lange – seit 2014/15 – hat das Museum unterschiedliche nationale Perspektiven bei der Betrachtung des deutsch-sowjetischen Krieges stärker in den Blick genommen: Übernahme von Ausstellungen nicht nur aus Russland, sondern ebenso aus Belarus und der Ukraine (und weiteren Ländern), Einladung internationaler Expert:innen nicht nur aus Russland; staatliche Gedenkkakte unter Einbeziehung von Botschaften in einem ausgewogenen Verhältnis vor allem zwischen Belarus, Russland und Ukraine. Seit dem vollumfänglichen Angriff Russlands hat sich das Museum ostentativ von der bilateralen Zueignung »deutsch-russisch« getrennt. Es sucht seitdem betont die inhaltliche

Zusammenarbeit mit allen 15 sowjetischen Nachfolgestaaten.

Kulturpolitisch ist das Museum Berlin-Karlshorst ein außenpolitisch enorm wichtiger Ort historischer Deutung. Für die Bundesrepublik Deutschland war das 1994 der Fall und ist es das heute scheinbar nicht mehr. Ich würde dem entgegenhalten, dass es auch für Deutschland immer noch ein kulturpolitisch bedeutungsvoller Ort ist. Es ist nur das Problem des fehlenden institutionellen Gedächtnisses des Auswärtigen Amtes, dass es die Bedeutung von Karlshorst nicht mehr kennt. Darüber ist das Amt unfähig geworden wahrzunehmen, welche Bedeutung dieser Ort vor allem für die Russische Föderation hat. Der russische Staat, der in seiner Legitimationsstrategie und anschließenden Kriegspropaganda vor allem zu Beginn des vollumfänglichen Angriffs auf die Ukraine sehr stark auf den deutschen-sowjetischen Krieg von 1941 bis 1945 Bezug nahm, wird einen Ort wie Karlshorst nicht aufgeben. Er wird es noch viel weniger tun, wenn er so exklusiv eingeladen

wurde, wie es Deutschland 1994 – aus nachvollziehbaren und historisch guten Gründen – getan hat. In so einem Fall sollte Kulturpolitik zu einem Aushandlungsprozess werden, in dem eigene Anliegen ebenso eingebracht werden wie man denen der anderen Seite mit welchen politischen Zielen auch immer begegnet. Nichts davon findet derzeit in Karlshorst statt. Das ist das Fehlen jeglicher Kulturpolitik.

Anmerkung:

¹ Dr. Jörg Morré studierte Geschichte, Russistik und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Universität Hamburg. Nach Studienaufenthalten in Leningrad und Moskau wurde er am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum promoviert. Kurze Zeit arbeitete er als Lehrer. Seit 1996 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Gedenkstätten Sachsenhausen und später in Bautzen. 2009 wurde er Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst (heute: Museum Berlin-Karlshorst). Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Deutsch-Russischen Historikerkommission. 

Im mentalen Minenfeld des Angriffskriegs – Handlungsspielräume in der Erinnerungskultur

Dr. Anke Giesen, Memorial Deutschland / Internationale Vereinigung Memorial¹

Das internationale Netzwerk von Memorial wurde vom Dachverband Memorial International mit Sitz in Moskau koordiniert. Dieser war schon im Dezember 2021 per gerichtlicher Verfügung zwangliquidiert worden. Die Entscheidung wurde im Rahmen des Berufungsverfahrens im Frühjahr 2022 bekräftigt und das Büro im Frühjahr 2022 nach Beginn des Krieges dann ganz und gar geschlossen. Das heißt aber nicht, dass die vielen regionalen Mitgliedsverbände von Memorial automatisch auch liquidiert wurden. Es wurde zwar gegen zwei ebenfalls ein Liquidationsverfahren angestrengt (gegen das Menschenrechtszentrum in Moskau und gegen Memorial Perm), während andere sich freiwillig auflösten, dritte arbeiten aber unter erschwerten Bedingungen weiter (z.B. St. Petersburg, Krasnojarsk, Jekaterinburg). Es gab sogar noch eine Neugründung in Nowgorod.

Die Lage der vorhandenen regionalen Organisationen gestaltet sich dabei höchst unterschiedlich: Russland ist groß und vieles hängt in den Regionen davon ab, in welchem Maße der örtliche Gouverneur die Vorgänge im Zentrum zur Richtschnur seines eigenen Handels macht. So kann es sein, dass er zivilgesellschaftliche Organisationen mit Themen und Tätigkeiten, die in Moskau als unterwünscht markiert werden, auch in seiner Region verfolgt.

Das ist deutlich zu bemerken bei den Gedenkstätten der sowjetischen Staatsverbrechen, die zum Teil umgedeutet oder überformt werden. Auf dem Territorium des Gedenkfriedhofs in Sandarmoch in Karelien wurden nach neuerer Geschichtsschreibung jetzt angeblich sowjetische Kriegsgefangene von den Finnen erschossen und verscharrt und nicht mehr die Opfer des sowjetischen Geheimdienstes. Die Klostergebäude auf den Solowetski-Inseln im Weißen Meer, in dem Lenin das erste sowjetische Arbeitslager einrichten ließ, wurden der Kirche zurückgegeben, die sie jetzt renoviert und dabei systematisch die Lagerspuren vernichtet. Statt einer Lagergedenkstätte soll da jetzt ein wichtiges russisch-orthodoxes Klosterzentrum entstehen, vergleichbar dem Berg Athos in Griechenland. Neben einer Gedenkstätte an einem Ort eines ehemaligen Erschießungsplatzes in der Nähe von Jekaterinburg wurde ein Schießübungsplatz für russische Sicherheitsdienste eingerichtet, so dass jetzt Besu-

cher und Besucherinnen gezwungen sind, der Erschossenen zu gedenken mit dem Lärm der Schüsse der übenden Sicherheitsleute im Hintergrund.

Es gibt aber auch Regionen, in denen die örtlichen Machthaber die Gedenkstätten unangetastet und die örtlichen Memorial-Verbände unter dem Radar noch irgendwie weiter gewähren lassen. So können zwar einige regionale Verbände mit Schwierigkeiten noch weiterarbeiten, haben aber große Probleme, sich zu finanzieren. Russische Stiftungen trauen sich in der Regel nicht mehr, sie zu fördern und die Akquise von Geldern bei ausländischen Geldgebern ist nahezu unmöglich geworden ist, weil den meisten der Status der unerwünschten Organisation zugemessen wurde.

Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass viele Aktive ins Exil gegangen sind. Mit Beginn des vollumfänglichen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurden neue Gesetze verabschiedet, die die Meinungsfreiheit massiv einschränken. So dürfen zum Beispiel keine »Falschinformationen über die Spezialoperation in der Ukraine« verbreitet oder das »Andenken an die Rotarmisten im Großen vaterländischen Krieg« nicht diskreditiert werden. Viele bei Memorial Aktive hatten sich in sozialen Netzwerken positiv zu Entwicklungen in der Ukraine nach dem Euro-Maidan ausgesprochen oder Forschungsarbeiten zu Themen wie z.B. den Einsatz von Gulag-Häftlingen in der Armee während des Kriegs geschrieben. Da es in Russland keine Sicherheit gibt, dass Gesetze nicht rückwirkend angewandt werden, sahen sich deshalb viele gezwungen, Russland zu verlassen, um einer eventuellen Verhaftung zu entgehen. Das schwächte die regionalen Verbände zusätzlich und stellt die europäischen Memorial-Verbände vor neue Herausforderungen, da sich jetzt viele Exilanten in Deutschland, Italien, Tschechien, Frankreich, Polen, dem Baltikum und anderen Ländern aufhalten.

Die Handlungsspielräume, die in dieser Situation verbleiben, um die Arbeit in Bezug auf den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, die Unterstützung politischer Gefangener, die Forschung zu den stalinistischen Repressionen und die Bewahrung der Erinnerung an ihre Opfer fortzuführen, sind daher begrenzt und beschränken sich in

Russland auf kleine regionale Tätigkeit von Gnaden des örtlichen Gouverneurs. Außerhalb Russlands können sich die emigrierten Kollegen (und natürlich auch die europäischen Kollegen) aus einer sicheren Position heraus diesen Zielen widmen, haben aber nur noch einen sehr begrenzten Einfluss auf die Lage in Russland, zumal gegen einige Exilanten Strafverfahren in Russland eröffnet bzw. sie in das Register der »ausländischen Agenten« aufgenommen wurden. Entsprechend muss der Austausch mit den Kollegen in Russland über verschlüsselte Kommunikationskanäle laufen.

Um den Zusammenhalt aller bei Memorial Aktiven – ob sie sich nun schon immer in Europa befanden, dorthin vor Kurzem emigrierten oder in Russland geblieben sind, zu bewahren, wurde mit der »Internationalen Vereinigung Memorial« ein neuer internationaler Dachverband in Genf gegründet. Der steht aber zurzeit vor der großen Herausforderung, das Netzwerk, das mit Neugründungen von Exilorganisationen in Berlin und Vilnius noch gewachsen ist, neu zu ordnen.

Ein Hauptziel besteht zurzeit darin, die in jahrelanger Kleinarbeit aufgebauten Archive zu retten, so dass sie der Weltforschungsgemeinschaft nicht verloren gehen.

Das heißt, dass die Dokumente und Artefakte jetzt erst mal vollständig digitalisiert werden müssen, damit eine allgemein zugängliche Datenbank entstehen kann. Dann ist es zudem wichtig, bei der derzeitigen kriegspatriotischen Erinnerungspolitik die Erinnerung an die Opfer der staatlichen Repressionen weiter fortzuführen, und das geschieht mittels zweier internationaler Aktionen, die erfolgreich weitergeführt werden.

Da ist zum einen die Aktion »Die Rückgabe der Namen«, in deren Rahmen einmal im Jahr am Vorabend des 30. Oktober, dem Tag des politischen Gefangenen in Russland, die Namen von Menschen verlesen werden, die in Sowjetzeiten zum Tode durch Erschießen verurteilt wurden oder durch unmenschliche Haftbedingungen umkamen. Diese Aktion wird weltweit, aber auch noch in vielen Regionen durchgeführt, nur in Moskau wird sie unter Vorschub verschiedener Gründe (Bautätigkeiten, Pandemieauflagen) seit Jahren verboten. Sie wurde früher immer vor dem Hauptquartier des Geheimdiensts am Lubjanka-Platz durchgeführt, wird aber jetzt, was Moskau anbetrifft, per Internet-Livestream aus verschiedenen Wohnungen dort übertragen.

Darüber hinaus existiert auch weiterhin noch das internationale Projekt »Die letzte Adresse«, die stalinistische Entsprechung zum Stolperstein im postsowjetischen Raum. An den Häusern, in denen Opfer der Repressionen ihre »letzte Adresse« hatten, werden kleine postkartengroße Tafeln mit deren Daten angebracht. Dieses Projekt existiert in Russland, der Ukraine, in Georgien, Moldau, Tschechien und eben auch Ostdeutschland und ist eins der letzten Gedenkprojekte, in dem Menschen aus der Ukraine, Russland und Georgien zusammenarbeiten. Aktive in Russland stellen aber zunehmend fest, dass diese Tafeln von »besorgten« Bürgern abmontiert werden. Es kommt aber auch zunehmend vor, dass diese Tafeln im Rahmen kleiner »Guerilla-Initiativen« durch selbstgebastelte und beschriftete Pappschilder wieder ersetzt werden.

Es zeigt sich auf dieser niedrighwelligen Ebene, dass es eine lebendige Community von Menschen gibt, die gegen die Putinsche Erinnerungspolitik sind und die nicht wollen, dass die Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Staatsverbrechen zu Gunsten der alleinigen Erinnerung an die »ruhmreichen« Rotarmisten, die den Krieg gegen den Faschismus gewonnen haben, ersetzt wird.

So hält man im öffentlichen Raum das Gedenken an die Opfer lebendig, auch wenn von staatlicher Seite das nicht unterstützt, sondern sogar aktiv dagegen gearbeitet wird, indem Gruppen finanziell unterstützt werden, die gegen die Gedenkzeichen aktiv vorgehen.

Entsprechend besteht im Rahmen von Kontakten mit offiziellen Stellen kaum noch Handlungsspielraum. MEMORIAL Deutschland setzt sich ja auch in Bezug auf die östlichen Bundesländer für die Bewahrung der Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Besatzung ein, das heißt der Menschen, die auf ostdeutschem Boden unter fadenscheinigen Gründen verhaftet, nach Moskau verbracht und erschossen wurden. Inzwischen sind die einschlägigen Archive in Russland aber fast nicht mehr zugänglich und man bekommt keine Auskünfte mehr erteilt.

Auch gemeinsame deutsch-russische Veranstaltungen zu historischen und erinnerungskulturellen Themen mit Vertretern öffentlicher russischer Einrichtungen sind nicht mehr möglich durchzuführen. Damit ist natürlich neben der gemeinsamen Forschungs- und Bildungsarbeit auch eine wichtige Säule der Versöhnungsarbeit zwischen deutschen und russischen Staatsbürgern weggebrochen. Manchmal bieten sich dann wieder

Möglichkeiten der Kooperation mit staatlichen Stellen, aber dann ist zu überprüfen, ob man nicht für Zwecke der russischen Propaganda instrumentalisiert wird und die demokratische Opposition damit vor den Kopf stößt.

Die Strategie besteht deshalb zurzeit eher darin, im übertragenen Sinne »zu überwintern« und zu versuchen, das Erreichte in dieser politischen Phase zu bewahren. Zudem ist es auch wichtig, diejenigen aus der jungen Generation, die bereit sind, den Staffelstab bei Memorial zu übernehmen, bei der Stange zu halten, damit zu dem Zeitpunkt, wenn sich die politischen Handlungsspielräume wieder weiten, jemand die Arbeit fortführen kann. Natürlich hoffen alle darauf, dass diese neue Eiszeit mit Russland, von denen es in der Geschichte schon einige gegeben hat, irgendwann zu Ende geht und die Memorial-Bewegung dann an dem in der Vergangenheit Erreichten wieder anknüpfen kann.

Der Krieg hat jedoch auch Sichtweisen und Schwerpunkte verändert, was längst überfällig war. So hat die Stimme des noch in der Ukraine aktiven Memorial-Verbandes in Charkiv, der Charkiver Menschenrechtsgruppe, im Netzwerk sehr viel mehr Gewicht gewonnen.

Was die Arbeit in Deutschland betrifft, sind durch den Krieg einmal die Indigenen in Sibirien, die bevorzugt in den Krieg geschickt werden und die proportional viel mehr Tote zu verzeichnen haben als die westlichen Regionen Russlands, stark ins Blickfeld gerückt. Berücksichtigt man zusätzlich auch deren historische Erfahrungen von Repression und Deportation unter Stalin werden Muster von strukturellem Rassismus sichtbar, über die es in Deutschland kaum Wissen gibt.

Zudem sind durch den Krieg der unverhohlene Imperialismus des Kremls und dessen koloniale

Muster sichtbar geworden. Dadurch wurde ein Paradigmenwechsel in der Osteuropa- und Nord- und Mittelasienforschung eingeleitet, der die tradierten moskautreuzentrierten Sichtweisen auf den Prüfstand stellt. Zudem stellt eine neue, stärker internationalisierte Historikergeneration neue Fragen. Das wirkt sich auch auf die historische Forschung zum Stalinismus aus. Neben der Aufarbeitung der Forschungslücken zur Ukraine rücken jetzt die Repressionen auch gegenüber anderen marginalisierten und den nicht-weißen Bevölkerungsgruppen der Sowjetunion stärker ins Blickfeld, wie z.B. die Deportation der Krim-Tataren, der Tschetschenen und der Kalmücken. Auch die Holodomor-Debatte, die ja in Deutschland sehr lange fast überhaupt nicht geführt wurde, weitet sich von der ukrainischen Bauernschaft auf die kasachischen Nomaden und die Kirgisen aus. So kam es zu einer deutlichen Diversifizierung des Bildes der Repressionsopfer, in dem neben dem Moskauer Intellektuellen auch die kirgisische Bäuerin ihren Platz erhält.

Diese Veränderungen spiegeln sich auch in den Perspektiven und Akzentsetzungen der Angehörigen des Memorialnetzwerks wider, die die Arbeit in Russland oder im Exil weiterführen.

Anmerkung:

¹ Dr. Anke Giesen gehört dem Vorstand von Memorial Deutschland und der Internationalen Vereinigung Memorial an. Sie studierte Slavistik in Münster, Moskau und Hamburg und promovierte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg im Fach Geschichte zur russlandweiten Debatte über Konzept und Verstaatlichungsprozess der Lagergedenkstätte Perm-36 im Ural. In ihrer Arbeit als Referentin der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie setzte sie sich u.a. für die Ausweitung der Kontakte zur Aufarbeitung traumatisch erlebter Vergangenheit im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin-Moskau ein.



Dr. Jakob Stürmann, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.¹

Die Gründung der Aktion Sühnezeichen ist zu großen Teilen das Werk eines »visionären Realisten«. Es ist maßgeblich dem Richter Lothar Kreyssig zu verdanken, dass die Organisation 1958 am Rande der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin entstand. Sein Ziel war dabei, dass die deutsche Gesellschaft die Schuld an Holocaust und Zweitem Weltkrieg anerkennt und diesen unbeschreiblichen Gewaltverbrechen in der Gegenwart ein Zeichen entgegengesetzt. Dieses

praktische Zeichen sollten junge Deutsche in den Ländern verrichten, gegen die Deutschland im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte. Begonnen werden sollte mit Israel, Polen und der Sowjetunion. Die drei Länder, »denen wir am meisten Leid angetan haben.«

Bereits kurz nach der Gründung der Aktion Sühnezeichen reisten die ersten Gruppen ins Ausland. Aufgrund der politischen Gegebenheiten der Zeit waren ihre Einsatzländer jedoch nicht die

von Kreyssig genannten drei Staaten, sondern Norwegen und die Niederlande. Dort halfen die »Sühnezeichler:innen« beim Bau von Kirchen und Sozialeinrichtungen. Sie engagierten sich in sozialen Projekten und trafen Überlebende des Zweiten Weltkriegs. Fast 15 Jahre nach Kriegsende empfanden es die Freiwilligen als ein Geschenk, dass sie in diesen Ländern freundlich aufgenommen wurden, mit Menschen ins Gespräch kamen, sich Freundschaften bildeten und sie ganz praktische Unterstützungsarbeit leisten durften. Mit dieser praktischen Arbeit bekannnten sie sich auch zur deutschen Schuld am Nationalsozialismus.

Die Vision von Lothar Kreyssig, die während des Kalten Krieges in West- und Ostdeutschland unterschiedlich gelebt werden musste, hat bis heute überdauert. Gegenwärtig entsendet Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) über 150 junge Deutsche für ein Jahr in verschiedene europäische Länder, nach Israel und in die USA. Ebenso kommen Freiwillige aus Partnerländern für ein Jahr nach Deutschland und ukrainische Freiwillige arbeiten mit jungen Deutschen zusammen in NS-Gedenkstätten und Sozialprojekten in Polen. Darüber hinaus engagiert sich der Verein seit seiner Gründung in Deutschland für Demokratie, Menschenrechte sowie eine plurale Gesellschaft. Er tritt gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und jegliche weitere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein.

Im Rückblick erscheinen viele Aspekte der nun schon mehr als 65 Jahre andauernden Freiwilligenarbeit als ein Seismograf internationaler und nationaler Politik: Wenige Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gingen die ersten ASF-Freiwilligen nach Israel. Mehr als ein Jahrzehnt nach der Gründung von ASF erlaubte es die Bundesrepublik aus dem Gedanken der Wiedergutmachung heraus einen Wehrersatzdienst im Ausland zu leisten. In diesem sollten ehemalige Opfer des Nationalsozialismus unterstützt werden. Schon lange vor dem Mauerfall bestanden Kontakte der ASF in die Tschechoslowakei und die Volksrepublik Polen und 1990 – noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion – reisten erste Freiwillige für mehrere Monate nach Moskau und Leningrad aus.

Zugleich zeigten sich in der Freiwilligenarbeit auch allgemeine gesellschaftspolitische Trends im Kleinen. So war die nach dem Ende des Kalten Krieges bestehende optimistische Aufbruchstimmung Richtung östliches Europa auch bei ASF spürbar. Die langfristige Freiwilligenarbeit wurde um Länder des östlichen Europas erweitert. Nun gingen Jahr für Jahr junge Deutsche auch nach

Polen, Tschechien, Belarus, Russland und in die Ukraine. Dort unterstützten sie ehemalige Zwangsarbeiter:innen oder Menschen mit Beeinträchtigung. Sie arbeiteten in NS-Gedenkstätten oder bei zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Am Beispiel der langfristigen Freiwilligenarbeit in den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Russland lässt sich nachvollziehen, wie früh der russische Angriff auf die Ukraine Thema im Verein wurde. Als 2014 der verdeckte russische Angriffskrieg im Osten der Ukraine ausbrach und die Krim militärisch besetzt wurde, mussten die dort arbeitenden Freiwilligen das Land verlassen. Die Projekte auf der Krim, in Charkiw und dem damaligen Dnipropetrowsk (heute: Dnipro) wurden aus Sicherheitsgründen ausgesetzt. Doch auch die nach Kyjiw, Odesa, Lwiw, Perejaslaw und Czernowci entsandten jungen Deutschen spürten in den darauffolgenden Jahren, dass sich die Ukraine im Verteidigungskrieg befand. Auf Plätzen und Straßen gab es Sammelaktionen für das ukrainische Militär oder humanitäre Hilfsprojekte und es wurde um die Verstorbenen getrauert. In den Städten hingen Plakate, auf denen für den Militärdienst geworben wurde. Gleichaltrige gingen zum Militär, um die eigene Heimat zu verteidigen. Die Freiwilligen erlebten ein Land, das sich militärisch verteidigen musste und damit zwangsläufig Veränderungen ausgesetzt war. Wieder in Deutschland, berichteten viele von dem Erlebten und den darin steckenden Gefahren für die Ukraine und ganz Europa. Berichte, die das Gros der deutschen Gesellschaft bis Februar 2022 nicht hören wollte.

Ein faszinierender Aspekt der Freiwilligenarbeit zwischen 2014 und 2022 ist, dass die jungen Deutschen in Russland komplementäre Erfahrungen zu ihren Mitfreiwilligen in der Ukraine sammelten. In Russland erlebten sie einen sich zuspitzenden Nationalismus, der durchsetzt war von Kriegslügen. Vielerorts erfuhren sie außerdem die Einschränkung von Freiheitsrechten und einen äußerst repressiv auftretenden Staatsapparat gegenüber der Zivilgesellschaft.

Freiwillige, die in dieser Zeit für ein Jahr in Russland oder der Ukraine lebten, einte damit die Erfahrung, dass ihr Bild von der politischen Situation in Osteuropa nicht dem Mehrheitsbild in Deutschland entsprach. Während bei uns in Politik und Wirtschaft die Slogans des Kalten Krieges verkürzt auf das 21. Jahrhundert übertragen und Warnungen aus der Zivilgesellschaft nicht ernst genommen wurden, spürten sie in der Ukraine oder Russland rasante politische und gesellschaftliche Veränderungen. Natürlich führte all dies nicht dazu, dass über die Freiwilligenarbeit der

24. Februar 2022 vorausgesagt werden konnten. Es zeigt aber, wie wertvoll ein langfristiger Aufenthalt vor Ort ist. Neben dem Kennenlernen von Sprache und Kultur erfolgt dabei auch ein besseres Gefühl für dortige Entwicklungen in Politik und Gesellschaft.

Seit Anfang 2022 hat die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste weder Freiwillige in der Ukraine noch in Russland. Damit drängt sich für den Verein eine Frage immer wieder auf: Wann kann die dortige Freiwilligenarbeit wieder aufgenommen werden? Die Antwort fällt für beide Länder unterschiedlich aus. In der Ukraine wird dies geschehen, sobald russischer Terror und Angriffskrieg aufhören. Damit wäre die Sicherheit der Menschen im Land gesichert. Mit einer friedlichen und freien Ukraine wird es sehr schnell einen noch intensiveren zivilgesellschaftlichen Austausch geben.

Für Russland ist die Frage weit schwieriger zu beantworten. Ein Kriegsende muss nicht automatisch den Zusammenbruch des gegenwärtigen Regimes bedeuten. Daher gilt es für sinnvolle und nachhaltige Freiwilligenarbeit einen Dreiklang zu beachten: Es muss die Sicherheit der Freiwilligen gewährleistet sein, die Gefahr einer Vereinnahmung durch das politische Regime muss ausgeschlossen sein und die Arbeit muss eine Ent- und keine Belastung für die dortigen Projektpartner:innen sein. Momentan sind alle drei Aspekte nicht gegeben. Weder kann Sicherheit garantiert, noch die Gefahr einer politischen Vereinnahmung durch den russischen Staat ausgeschlossen werden. Darüber hinaus leben viele Projektpartner:innen bereits im Exil. Diejenigen, die in Russland verblieben sind, stehen so unter Druck, dass die Betreuung eines jungen Deutschen für sie keine Unterstützung, sondern eine Last darstellen würde.

Direkte Begegnungs- und Freiwilligenarbeit mit jungen Menschen aus Russland kann momentan nur in einem viel kleineren Umfang stattfinden als vor 2022. Bei ASF erfolgt dies in der internationalen Freiwilligengruppe in Deutschland. Auf dieses einjährige Freiwilligenprogramm können sich auch Freiwillige aus Russland bewerben. Sie arbeiten in NS-Gedenkstätten, mit Menschen mit Beeinträchtigung oder unterstützen hiesige Flüchtlingsprojekte. Darüber hinaus gilt es in dieser schwierigen Zeit den Kontakt zu Projektpartner:innen und Freund:innen im Land so gut es geht zu halten und auf bessere politische Rahmenbedingungen zu hoffen.

Die deutsche Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt auch, dass ukrainisch-russische Be-

gegnungsprojekte gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung stehen können. Noch weniger können diese von einer dritten, vermeintlich neutralen Seite initiiert werden. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie lange es dauerte, bis die (west-)deutsche Gesellschaft und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg stabile und vertrauenswürdige Beziehungen zu den westeuropäischen Nachbarländern, den USA und Israel aufbauen durfte, kann uns die gegenwärtig ablehnende Haltung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber Russland nicht erstaunen. Erst dreizehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich eine Person wie Lothar Kreyssig mit seiner Idee der Gründung einer Aktion Sühnezeichen gegen vielfältigen Widerstand und Anfeindungen durchsetzen. Wir können nur hoffen, dass die russische Politik, Kirche und Zivilgesellschaft irgendwann ähnliche Wege gegenüber der Ukraine einschlagen wird.

Unsere eigene Geschichte lehrt uns darüber hinaus, dass uns die Beziehungen zu unseren ostmitteleuropäischen Nachbarn mindestens genauso wichtig sein müssen wie die zu Russland. Wenn wir diese historische Lehre des 20. Jahrhunderts ernst nehmen, können wir während eines Kriegszustandes nicht leichtfertig neue Beziehungen in die russische Politik und Wirtschaft aufbauen. Dennoch sollten wir versuchen, die zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Kräfte des Landes vor Ort und im Exil zu unterstützen.

Begegnung und internationale Verflechtung benötigen zuverlässige politische Rahmenbedingungen und einen langen Atem. Das Regime Putin hat die Hoffnungen der 1990er Jahre durch seinen imperialen Krieg zerstört. Als deutsche Zivilgesellschaft gilt es daher gegenwärtig, den visionären Realismus von Lothar Kreyssig in die Gegenwart zu übersetzen. Dafür müssen politische Realitäten anerkannt werden. Zugleich sollten wir aber auch auf den Moment vorbereitet sein, an dem Veränderung beginnt und Freiwilligenarbeit wieder möglich wird. Zuerst in der Ukraine und irgendwann auch wieder in Russland.

Anmerkung:

¹ Dr. Jakob Stürmann gehört dem Vorstand von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) seit 2018 an, seit 2020 ist er im Ehrenamt stellvertretender Vorsitzender. Von 2004 bis 2006 war er selber ASF-Freiwilliger in der Ukraine. Danach studierte er Geschichte, Gender Studies und Osteuropastudien in Berlin und Birmingham (UK). Seit der Promotion arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ressortkoordinator des Forschungsressorts Politik am Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow in Leipzig.



Dr. Jörg Morré, Museum Berlin-Karlshorst¹

Mit dem vollumfänglichen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 positionierte sich das Museum Berlin-Karlshorst sofort. Anstelle der Fahnen der vier an der Arbeit des Museums beteiligten Nationen – Belarus, Deutschland, Russland und die Ukraine – wurde als Zeichen der Solidarität nur noch die ukrainische Fahne gehisst. Zudem trennte sich das Museum demonstrativ von der bilateralen deutsch-russischen Ausrichtung des Hauses und strich den Zusatz »deutsch-russisch« aus seinem Namen. Beides waren bewusst symbolhafte Handlungen, die mit dem Instrument der sozialen Medien sehr rasch sehr weit verbreitet wurden. Das Symbol war sofort allgemein sichtbar.

An seiner Dauerausstellung über den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion änderte das Museum nichts. Auch ist der historische Ort – am 8. Mai 1945 kapitulierte in Karlshorst die Wehrmacht vor dem sowjetischen Oberkommando – nach wie vor allen zugänglich. Seit dem 24. Februar werden von Unbekannten laufend frische Blumen vor einem Panzerdenkmal zur Erinnerung an die sowjetischen Toten des Zweiten Weltkrieges niedergelegt (das sei im Gedenken an die Toten auf beiden Seiten der Front des gegenwärtigen russisch-ukrainischen Krieges, hat der Besucherdienst in Erfahrung gebracht). Und im Besucherbuch gibt es eine nicht abreißende Diskussion über die angesichts des Ortes ahistorische ukrainische Fahne vor dem Haus. Die Trägerschaft des Museums steht in der Kritik, denn 1994 wurde ein deutsch-russischer Trägerverein geschaffen, in dem Deutschland ohne russische Zustimmung substanziell nichts ändern kann. Etwas später kamen die Weltkriegsmuseen Minsk und Kiew als Mitglieder hinzu. Diese vor 25-30 Jahren unter vollkommen anderen politischen Umständen geschaffene Konstellation steht heute im Widerspruch zu der Haltung der Bundesregierung, jeglichen Kontakt zu staatlichen russischen Stellen abubrechen.

Die seitens der Politik dem Haus 1994 zugeordnete Aufgabe war die Geste der Versöhnung. Deutschland übernahm damit historische Verantwortung für den verbrecherischen deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945 und wollte zudem die nach der deutschen Einheit von 1990 aufgekommen Ängste vor einem wiedererstarkten Deutschland zerstreuen. Am 8. Mai etablierte das Haus ein Museumsfest mit abschließendem »Toast auf den Frieden« im historischen Saal der Kapitulation. Der wurde lange Zeit von eigens

dafür eingeladenen Diplomaten vornehmlich der Russischen Föderation, Belarus und der Ukraine, aber mitunter auch Großbritanniens, Frankreichs, der USA und weiterer westeuropäischer Länder gesprochen.

Mit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine 2014 blieben ukrainische Vertreter weg. Weil das am Anfang unangekündigt geschah, geriet die ursprüngliche Friedensgeste zu einem russisch dominierten Akt, dem in der deutschen Öffentlichkeit keiner einen friedlichen Charakter bescheinigen wollte. Die Museumsleitung zog die Initiative an sich, scheute aber davor zurück, als alleiniger, deutscher Sprecher aufzutreten. Die Lösung waren Toasts von jüngeren Menschen aus den oben genannten Ländern sprechen zu lassen, die sich über eine friedliche internationale Zusammenarbeit kannten: das deutsch-russisch-ukrainische Jugendparlament, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge usw. Die Übertragung aus dem staatlichen in den zivilgesellschaftlichen Bereich rettete die Erinnerungsgeste. Und dennoch stellte das Museum mit dem 8. Mai 2022 das Format ein. Es gab so offenkundig keinen Frieden mehr in Europa. Den letzten »Toast auf den Frieden« sprach erstmalig der deutsche Museumsdirektor allein; und er sprach ihn als »Mahnung zum Frieden«.

Institutionalisierte Erinnerungsorte wie der in Karlshorst haben die Möglichkeit, Gedenkakte zu formen. Ebenso können sie Gedenkakte mit »Eigen-Sinn«, von Menschen mit ihrer eigenen Motivation und Agenda, zulassen, wobei sie immer noch die Instanz sind, die die Regeln diktiert. Im Falle des Museums entsteht daraus ein durchaus spannungsvolles Erinnern, das aber immer noch ein Miteinander ist. Ein wenig anders ist das an allgemein zugänglichen, öffentlichen Gedenkortern wie zum Beispiel den sowjetischen Ehrenmalen in Berlin. Sie sind zum Austragungsort von konkurrierenden Erinnerungsdiskursen geworden. Die Formen staatlichen russischen Erinnerns (rote Nelken, Georgsband, Heroisierung der Opfer usw.) finden dabei ebenso Anwendung wie die darauf aufbauenden Narrative. Diese reichen von einer fragmentarischen, zum Teil bewusst irreführenden Deutung von Geschichte bis hin zu durchkomponierter Propaganda mit dem Zweck, Zustimmung zur russischen Kriegspolitik gegen die Ukraine zu generieren.

Die Antwort darauf sollte nicht das Schleifen der Denkmale sein, denn diese haben ja immer noch die Funktion, an reale Opfer des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. Es hilft nur die historische Kontextualisierung und das Einhegen wirkmächtiger Symbole. Das wiederum liegt immer auch im Auge des Betrachters bzw. der Betrachterin. Löst das sowjetische Staatswappen bei Deutschen kaum Antipathien aus, ist das im gegenwärtigen ukrainischen Diskurs sehr wohl der Fall. Obgleich die Ukraine Teil der Sowjetunion war, wird heute angesichts des russischen Angriffs alles Sowjetische »Moskau« und damit russischer Fremdherrschaft zugeschrieben. Hatte die ukrainische Botschaft noch lange versucht, durch eigene Gedenkakte am 8. Mai (sic!) dem am 9. Mai nachfolgenden russischen Zeremonien an den Ehrenmalen (vornehmlich im Tiergarten) etwas entgegen zu setzen, so wird das seit 2023 nicht mehr gemacht.

In Deutschland ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auf die Opfer gerichtet, die der Krieg forderte. Und es sind in starkem Maße auch die Opfer anderer Länder, die wegen der deutschen Politik und Kriegsführung ums Leben oder zumindest doch zu Schaden kamen. Zudem wird oft nach so genannten Opfergruppen erinnert. Eine Erinnerungsstätte wie die Neue Wache in Berlin, die allgemein »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« gewidmet ist, hat in der deutschen Erinnerungslandschaft nicht die Wirkmächtigkeit erlangt, wie das benachbarte Denkmal für die ermordeten Juden Europas (»Holocaustmahnmal«). Deutsches Erinnern ist explizit. Das macht es uns schwer, andere bzw. andere Länder vorbehaltlos an unseren Erinnerungsformen teilhaben zu lassen, denn wir fragen immer nach der »richtigen Haltung«. Es steht dabei außer Frage, dass ein instrumentalisierendes Gedenken, wie es vor allem

von russischer Seite an den sowjetischen Ehrenmalen in Berlin betrieben wird, schwer erträglich ist. Und doch möchte ich nicht Verboten das Wort reden. Vielmehr sollte es darum gehen, dass wir den Kern des Erinnerns bewahren, und das ist nach unserem Verständnis das Gedenken an die zu beklagenden Opfer. Und insbesondere die Gräber der Opfer bieten die gute Möglichkeit, das Gedenken fernab von staatlichen Erinnerungsformen und -gesten, individuell und zivilgesellschaftlich zu erhalten. Wenn also die Russische Föderation an den Ehrenmalen in Berlin ihre Erinnerungsformen zelebriert und damit ein sehr gegenwärtiges, mitunter politisch instrumentalisierendes Gedenken in Szene setzt, so kann dem etwas entgegengesetzt werden. Das Museum Berlin-Karlshorst geht diesen Weg. Es ist auch an allgemein öffentlichen Orten wie den Ehrenmalen möglich, wenn man sie »museal« behandelt. Informationen über die Architektur sowie über die jährlich abgehaltenen Gedenkfeierlichkeiten würden dazu beitragen, den Ort zu dekonstruieren. Er muss deswegen nicht jegliche Aura verlieren. Aber es wäre schwer, ihn zu einem sakralisierten Symbolort zu machen, der politisch instrumentalisiert wird.

Anmerkung:

¹ Dr. Jörg Morré studierte Geschichte, Russistik und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin und der Universität Hamburg. Nach Studienaufenthalten in Leningrad und Moskau wurde er am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum promoviert. Kurze Zeit arbeitete er als Lehrer. Seit 1996 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Gedenkstätten Sachsenhausen und später in Bautzen. 2009 wurde er Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst (heute: Museum Berlin-Karlshorst). Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Deutsch-Russischen Historikerkommission. 

Auf Eis gelegt: Städtepartnerschaften und Wissenschaftsaustausch

PD Dr. Kirsten Bönker, Universität zu Köln¹

Vielen Dank für die Möglichkeit, in Hamburg über die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Leningrad bzw. St. Petersburg sprechen zu können. Ich spreche heute in zwei Rollen, nämlich einerseits als Historikerin, die sich mit Städtepartnerschaften im Kalten Krieg und der Transformationszeit der 1990er Jahre beschäftigt. Dahinter steht das Erkenntnisinteresse, eine Verflechtungsgeschichte des Kalten Krieges, der Perestrojka und der Transformationszeit zu schreiben. Andererseits bin ich selbst Zeitzeugin, weshalb ich schon lange beabsichtigt habe, mich mit dem Thema wissenschaftlich zu beschäftigen. Meine beiden ersten Russlandreisen habe ich über die Städtepartnerschaft zwischen Bielefeld und Velikij Novgorod gemacht.

Die Frage nach dem Erfolg von Austausch im Allgemeinen und Städtepartnerschaften im Speziellen, die hier eben aufgeworfen worden ist, ist politisch relevant, eine Antwort muss aber ambivalent bleiben. Die Frage ist zunächst, aus wessen Perspektive die Verbindungen bewertet werden und woran Erfolg zu messen ist. Vor diesem Hintergrund müssen die Partnerschaften jeweils zeitlich sorgfältig kontextualisiert werden, um zu beurteilen, zu welchem Zeitpunkt was überhaupt als Erfolg gewertet werden kann. An dieser Stelle ist kurz anzumerken, dass die Verbindung zwischen Hamburg und Leningrad ab 1957 zwar die älteste zwischen einer westdeutschen und einer sowjetischen Stadt war, es aber lange keine formaljuristisch besiegelte Partnerschaft war, sondern eine »Städtefreundschaft«, die per Handschlag vereinbart worden ist. Umgangssprachlich ist sie allerdings tatsächlich zumeist als Partnerschaft bezeichnet worden.

Wie kam es zum Austausch zwischen Hamburg und Leningrad? 1957, also in der Hochzeit des Kalten Krieges, überreichte der sowjetische Botschafter Andrej A. Smirnov Hamburgs Erstem Bürgermeister Dr. Kurt Sieveking eine Einladung des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets, die zweitgrößte sowjetische Stadt zu besuchen. Smirnov, der nach dem Zweiten Weltkrieg als erster sowjetischer Botschafter seine Tätigkeit in der Bundesrepublik aufnahm, stattete seinen Besuch allerdings nicht der Stadt Hamburg ab. Vielmehr machte Smirnov Sieveking als Präsidenten des Bundesrats seine Aufwartung und ver-

mischte so die verschiedenen diplomatischen, außen- und kommunalpolitischen Dimensionen.

Dahinter stand eine neue außenpolitische Strategie, die unter Nikita S. Chruschtschow auf Öffnung und Systemkonkurrenz setzte. Zugleich versahen die sowjetischen Diplomaten ihre Charmeoffensive mit einer Friedensrhetorik. So verbanden die Leningrader ihre Einladung, wie die Hamburger Presse berichtete, mit der Hoffnung, nicht nur die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu festigen, sondern den Frieden in der ganzen Welt zu sichern. Die Stadt Hamburg war für dieses diplomatische Anliegen ganz gezielt ausgewählt worden. In den Vorträgen des ersten Panels ist schon über wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik, die die Ostpolitik stets mitbestimmt haben, diskutiert worden. So war es auch in diesem Fall. Die Hamburger Politik reagierte auf die Einladung aus Leningrad sehr erfreut, da sie in der Kontaktaufnahme die Möglichkeit sahen, ihre alten Handels- und Wirtschaftskontakte in das sogenannte Hinterland wieder aufnehmen zu können. Bis zum Krieg hatte der Handel mit Ostmittel- und Osteuropa einen Großteil des Güterumschlags des Hamburger Hafens ausgemacht. Daher litt vor allem der Hafen unter den Embargo- und Export-Bestimmungen des Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (CoCom), die einen Technologietransfer in die Staaten des Warschauer Pakts verhindern sollten.

In Hamburg ist die Redewendung von der »Politik der Elbe« etabliert. Sie ist in den 1950er Jahren geprägt worden und zielte als wirtschaftspolitisches Konzept darauf, den Wirtschaftsstandort Hamburg zu stärken. Dies erklärt auch, warum die Hamburger Politik so unideologisch auf die sowjetische Kontaktaufnahme reagierte. Im Kontext der stark antikommunistisch geprägten politischen Kultur der Bundesrepublik der Adenauer-Zeit ist die Hamburger Haltung als sehr untypisch einzuordnen. Der Hafen- und Wirtschaftssenator Ernst Plate war angesichts des handelspolitischen Potentials der Kontaktaufnahme begeistert und reiste an der Spitze einer Hamburger Delegation im Juni 1957 nach Leningrad. Sieveking war diplomatisch dadurch verhindert, dass er, wie erwähnt, zu diesem Zeitpunkt das Amt des Bundesratspräsidenten innehatte.

Die Wirtschaftsinteressen waren durchaus beidseitig, wie man an dem in den 1960er Jahren stetig zunehmenden Austausch auf Messen und den Handelsverträgen im Rahmen der Neuen Ostpolitik der 1970er Jahre sehen kann. Außerdem ist die angesprochene Öffnung nach Stalins Tod im Kontext des Kampfes um die »Herzen und Köpfe« der Menschen im Westen, aber auch in den der damals als »Dritte Welt« bezeichneten Ländern zu verstehen. Die späten 1950er und frühen 1960er Jahre stellten eine intensive Phase der Dekolonialisierung im Global South dar. Die Sowjetunion engagierte sich hier sehr stark im Wettstreit mit den kapitalistischen Staaten aber auch mit der Volksrepublik China, die ein alternatives Modell des Sozialismus anbot. Die Sowjetunion schärfte somit nicht nur ihr entwicklungs-politisches Handwerkszeug, sondern insbesondere auch ihre Angebote, die in den Bereich der *cultural diplomacy* und der *soft power* fallen.

Städtepartnerschaften, aber auch Jugend- und Wissenschaftsaustausch stellten für die Sowjetunion ein solches, zunehmend wichtiger werdendes kulturdiplomatisches Instrument dar. Zur sowjetischen Kulturpolitik mit Blick auf den Westen fehlt es nach wie vor an einschlägiger Forschung. Abgesehen von der großen Ausnahme Hamburgs etablierte das Sowjetregime im Westen während der 1960er Jahre vor allem Verbindungen mit französischen Städten. Im Unterschied zu den Beziehungen mit der Bundesrepublik standen die sowjetisch-französischen Beziehungen immer im Zeichen der starken Kommunistischen Partei Frankreichs. So waren einige Städte, wie Le Havre, das 1965 eine Partnerschaft mit Leningrad schloss, über Jahre kommunistisch regiert. Diese translokalen Verbindungen im Kalten Krieg werfen die Frage auf, inwiefern Städteverbindungen eine Art Außenpolitik »von unten« darstellten, die Prozesse der Versöhnung und Verständigung durch den direkten Kontakt zwischen Menschen anstießen.

Der Kontakt auf lokaler Ebene war allerdings immer von den Ereignissen auf der makropolitischen Ebene beeinflusst. Direkt nach der Kontaktaufnahme durch Leningrad teilte das Auswärtige Amt dem Hamburger Senat mit, dass von seiner Seite eine Reise offizieller Vertreter aus Hamburg nach Leningrad »nicht sehr gebilligt« werde. Die Hamburger Senatsspitze war allerdings nicht bereit, Bonner Vorgaben zu folgen. In diesem Sinne teilte der Senatssyndikus Dr. Wilhelm Drexelius dem Hafensenator Ernst Plate mit, dass der Hamburger Senat »eben nicht das Auswärtige Amt« sei und daher »das Recht« habe, »undoktrinär und sogar falsch« zu handeln.² Aus

Hamburger Sicht überwogen klar die eigenen Wirtschaftsinteressen gegenüber außenpolitischen Erwägungen des Auswärtigen Amtes.

Damit erfüllten sich die Erwartungen, die Moskau mit der Kontaktaufnahme zum Hamburger Senat verbunden hatte. Aus Sicht Moskaus war so ein Kommunikationsraum mit lokalen Akteur:innen geschaffen, in dem das Sowjetregime eine Art Diplomatie »von unten« betreiben konnte. Auf diese Weise konnte Moskau versuchen, vermittelt über Leningrad auf lokaler Ebene in Hamburg Vertrauen zu gewinnen. Ein Nebeneffekt war, dass sich während der Zusammentreffen mit Hamburger Vertreter:innen für die Leningrader Akteur:innen ein gewisser Handlungs- und Kommunikationsspielraum eröffnete, der zwar klein blieb, aber nicht mehr völlig aus Moskau zu kontrollieren war. Gleichwohl wurden in diesem translokalen Rahmen die neuen sprachlichen Leitlinien Moskaus mit Blick auf die friedliche Koexistenz getestet.

Der Leningrader Sowjet verwandte regelmäßig gegenüber dem Hamburger Senat die aus Moskau vorgegebenen Schlagworte, die fortan die diplomatische Kommunikation prägen sollten: Dazu zählten »Verständigung«, »Freundschaft«, »Verbesserung der Beziehungen«, »Erfahrungsaustausch« und »Annäherung«. Als bald prägte zudem auch der Symbolbegriff des »Friedens« die Leningrader Kommunikation mit Hamburg. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, inwieweit sich beide Seiten über diese Begriffe annäherten und ein gemeinsames Verständnis fanden. Es zeigte sich nämlich von Beginn an, dass der neue rhetorische Rahmen nur selten mit konkretem Austausch und Begegnungen der Menschen belebt worden ist. So ließ Bürgermeister Sieveking die Leningrader Delegation beim Empfang im Rathaus im Oktober 1957 wissen, dass man sich nur verstehen könne, wenn man sich gut kenne; und um sich besser kennenzulernen, müssten sich die »Grenzen mehr und mehr öffnen und ein kultureller und wissenschaftlicher Austausch« etabliert werden.³

Damit forderte er die Leningrader Gesprächspartner heraus, denn diese waren bei allen neuen Freiheiten strikt von den Moskauer Vorgaben abhängig, wie offen sie in den neuen transnationalen Beziehungen kommunizieren durften. Sollten die mitreisenden Beobachter des KGB das Verhalten von Delegationsmitgliedern als unbotmäßig erachten, konnte dies im Nachhinein erhebliche persönliche Folgen haben. Insofern war die Kommunikation regelmäßig nicht zuletzt von der »großen« Außenpolitik bestimmt, nicht selten sogar erheblich beeinträchtigt. Es gab wiederholt

Phasen, in denen es die Leningrader Seite bei freundlichen, aber unkonkreten Absichtserklärungen beließ. Zugleich beantworteten sie konkrete Hamburger Angebote zum Austausch von Kunstausstellungen, Auftritten von Chören oder Besuchen von Schülerinnen, Schülern und Studierenden monatelang nicht. In Hamburg konnte man sich auf dieses Leningrader Schweigen oft keinen Reim machen. Weiter hielten einschneidende Ereignisse, wie die Berlin-Krise ab 1958, der Mauerbau im August 1961 oder die Kubakrise im Oktober 1962 die Hamburger Seite von Kontaktaufnahmen ab, da die außenpolitischen Konfrontationen den Austausch mit einer sowjetischen Stadt grundsätzlich infrage stellten.

Vor diesem Hintergrund gilt es die Vorstellung zu relativieren, dass zwischen Hamburg und Leningrad relativ schnell ein lebhafter und nachhaltiger Austausch entstand – dem war nicht so. Der Aufbau der Verbindung verlief vielmehr oft zäh, was ganz überwiegend der sowjetischen Seite zuzuschreiben war. Der Austausch blieb bis in die 1970er Jahre in der Regel punktuell. In einer längeren Perspektive lässt sich aber bis in die 1990er Jahre und über die Zäsuren der Perestrojka und des Zerfalls der Sowjetunion 1991 hinweg die Erfolgsfrage wieder aufgreifen. Dann wird im Kontext des Kalten Krieges deutlich, dass der Umstand, dass auf translokaler Ebene überhaupt Kontakte entstanden, einen völlig neuen Faktor in den diplomatischen Beziehungen schuf. So lässt sich die These vertreten, dass der Austausch zwischen Hamburg und Leningrad die sogenannte Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung auf der lokalen Ebene vorwegnahm und neue Gesprächskanäle schuf. Die Praktiken des »Wandels durch Annäherung« wurden hier schon seit Jahren in einem kleineren Rahmen praktiziert. Allerdings ist zugleich zu betonen, dass diese Praktiken unter dem Vorbehalt zu betrachten sind, dass von sowjetischer Seite niemals völlige Bewegungs-, Rede- oder Versammlungsfreiheit bestand. Die Personen, die nach Hamburg reisen oder die in Leningrad Gäste aus der Hansestadt treffen durften, sind stets sehr sorgfältig ausgewählt worden. Sie mussten in der Regel der KPdSU, dem Komsomol – der Jugendorganisation der Partei – oder der Gewerkschaft angehören, um für den Kontakt mit Menschen aus dem sogenannten »kapitalistischen Ausland« infrage zu kommen. Bevor sie reisen durften oder Hamburger:innen in Leningrad treffen durften, wurden sie rhetorisch geschult, um auf alle Fragen ideologisch angemessen reagieren zu können und das Sowjetsystem positiv darzustellen.

Das Hamburger Bemühen, vielfältige Kontaktmöglichkeiten herzustellen, war von Beginn an groß. Schon 1959 versuchte der Hamburger Jugendring (HJR) mit dem Leningrader Komsomol in Kontakt zu treten, um einen Jugendaustausch zu initiieren. Die Kontaktaufnahme gelang, so dass Ende August 1960 der HJR eine dreiköpfige Delegation aus Leningrad in Hamburg empfing, woraufhin die Katholische Jugend aus Protest aus dem Jugendverband austrat. Dies verweist nicht nur auf die politischen Bruchlinien, die die westdeutsche Öffentlichkeit mit Blick auf den Umgang mit der Sowjetunion noch über die 1960er Jahre hinaus erheblich prägten. Es zeigt grundsätzlich, dass der Weg zur Verständigung auch auf bundesdeutscher Seite lange verschlungen blieb. Dennoch ist zu betonen, dass Hamburg, was Kontakte zur Sowjetunion betraf, bundesweit voranging. Der Reisedienst, den der damalige Geschäftsführer des CVJM, Gerhard Weber, ab den frühen 1960er Jahren für Reisen in die Sowjetunion gründete, wurde bald zur wichtigsten Anlaufstelle für Reiselustige in der ganzen Bundesrepublik, die in die Sowjetunion reisen wollten. Die Schwierigkeiten, die die Beziehungen prägten, lagen aber insbesondere daran, dass der Austausch, wie erwähnt, nicht wechselseitig war. Lange sperrte sich die Leningrader Seite dagegen, dass Mitglieder der Reisegruppen unbeobachtet eine Nacht in Hamburger Familien verbringen durften. Die Hamburger Seite hatte dies bald vorgeschlagen, um das gegenseitige Kennenlernen zu erleichtern und den Leningrader Gästen einen besseren Einblick in das westdeutsche Alltagsleben zu ermöglichen. Gleichermaßen war der Besuch Hamburger Gäste in Leningrader Privatwohnungen bis in die 1970er Jahre eine Seltenheit. Damit blieb die Wechselseitigkeit der Kontakte sehr eingeschränkt.

Erst Perestrojka und Glasnost veränderten die Bedingungen für Austausch und Begegnung grundlegend, da das Sowjetregime viele Kommunikationstabus aufhob. Ab 1986 konnten sich auf Leningrader Seite auch Menschen an der Städtepartnerschaft beteiligen, die nicht Mitglied einer Parteiorganisation waren. Ein Erfolg der Städtepartnerschaft zeigte sich dann Ende 1990, als sich die Sowjetunion infolge der Wirtschaftsreformen in einer dramatisch schlechten Versorgungslage befand. Die Spendenaktion »Ein Paket für Leningrad« erfuhr bundesweite Resonanz, blieb jedoch bei weitem nicht die einzige Hilfsaktion für die leidenden sowjetischen Bürgerinnen und Bürger. Neben den großen Spendenaktionen, die ARD und ZDF organisierten, engagierten sich nun zahlreiche westdeutsche Städte für ihre erst jüngst gewonnenen Partnerstädte in der Sowjet-

union. Sie sammelten Geld und schickten Tonnen an Sachspenden in die Sowjetunion.

Bereits seit den frühen 1980er Jahren versuchten einige bundesdeutsche Städte, wie z.B. Bielefeld, Kontakte zu sowjetischen Städten aufzubauen. Michail S. Gorbatschow rief dann ab 1985 seinerseits die sowjetischen Städte dazu auf, Kontakte mit westdeutschen Städten zu intensivieren. Gorbatschows Metapher vom »gemeinsamen Haus Europa« erlangte in dieser Zeit erhebliche Wirkungsmacht. Bereits 1987 existierten 13 Verbindungen zwischen westdeutschen und sowjetischen Städten, zahlreiche weitere waren im Aufbau begriffen. Die westdeutsche Zivilgesellschaft war also sehr offen, über die Kontakte zu sowjetischen Städten zur Verständigung einerseits und zu Gorbatschows Reformen des Sowjetsystems beizutragen. Dabei kam dem Aspekt der Versöhnung und dem Anerkennen der deutschen Schuld eine besondere Bedeutung bei. Sicher überwog dabei in Westdeutschland das Interesse an Russland, doch einige westdeutsche Städte entschieden sich während der Perestrojka auch gezielt dafür, Kontakte mit Städten in der nicht-russischen Peripherie aufzubauen. Beispiele dafür sind Duisburg und Vilnius, Kiel und Tallin, Saarbrücken und Tbilissi oder Mainz und Baku.

Neben dem Anspruch der Verständigung spielten aber auch die schon im Kontext der Partnerschaft zwischen Hamburg und Leningrad angesprochenen wirtschaftlichen Interessen eine spezifische Rolle. Dies galt auch für die Seite der Sowjetunion und ab 1992 für ihre Nachfolgestaaten. Die 1990er Jahre waren eine Periode der neuen Möglichkeiten, zumal sich nun auf Seite der postsowjetischen Staaten vor allem zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure beteiligten. Auf diese Weise entstand nicht nur in den baltischen Staaten, die wie die Ukraine oder Belarus ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, sondern auch in Russland eine Sphäre für gesellschaftliches Engagement im Kontext des internationalen Austausches. Ab 1992 entwickelten sich mit vielen (post-)sowjetischen Städten lebhaft und nachhaltige Beziehungen, in denen die Menschen sich kennenlernten und auf Augenhöhe miteinander verkehrten. Wichtig zu erwähnen ist auch, dass die Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene erheblich zum Wissenstransfer beitrugen. Die westdeutschen Städte sandten Expert:innen, um den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen und die städtische Infrastruktur zu verbessern.

Gleichwohl scheinen sich diese anfangs oft vielversprechenden Beziehungen nicht immer stetig

weiterentwickelt zu haben. Zumindest erscheint es nicht möglich, für die letzten zwei Jahrzehnte umstandslos eine Erfolgsgeschichte der Städtepartnerschaften zu erzählen. Wiederholt ist festzustellen, dass viele Menschen vor Ort heute gar nichts über die oft schon lange bestehenden Verbindungen wissen. So ist es mir unlängst in Vilnius begegnet, als ich über die Städtepartnerschaft mit Duisburg vorgetragen habe und niemand im Publikum jemals von ihr gehört hatte.

Aktuell gibt es m.E. keine Alternative dazu die Verbindungen zu russischen Städten abubrechen, da die kommunale Verwaltung in Russland nicht zivilgesellschaftlich getragen wird und politisch wie rechtlich nie vom Zentralstaat gelöst worden ist. Die Ansprechpartnerinnen und -partner in den Städten sind daher keine Repräsentanten der sowieso nur noch marginalen Zivilgesellschaft.

Abgesehen von dem institutionellen Rahmen, wäre es aber zu begrüßen, wenn deutsche Städte weiterhin Organisationen unterstützten, die junge Menschen aus Russland nach Deutschland holen, um beispielsweise ein Freiwilliges Soziales Jahr abzuleisten. Dies ist allerdings jenseits der staatlichen Strukturen in Russland aktuell sehr schwer.

Insofern ist abschließend noch einmal festzuhalten, dass die Städtepartnerschaften einen Raum für Begegnung und Austausch schufen, in dem zwar mitunter nur punktuelle Verbindungen etabliert wurden, der aber potentiell die Voraussetzungen zur Verständigung bot. Es ist aber offenbar nicht gelungen, lokale Zivilgesellschaften in Russland so zu stärken, dass sie Städte und Kommunen im liberal-demokratischen Sinne hätten prägen können. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass Städtepartnerschaften eines Tages nach Kriegsende auch wieder den Raum bieten könnten, um Beziehungen überhaupt neu aufzubauen.

Anmerkungen:

¹ Dr. Kirsten Bönker studierte Geschichtswissenschaft, Osteuropäische Studien, Rechtswissenschaften und Slavistik an der Universität Bielefeld, wo sie später auch promovierte und habilitierte. Seit 2021 ist sie Akademische Oberrätin an der Universität zu Köln. Im Herbst 2024 wird sie die Leitung des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) in Lüneburg übernehmen, einem kulturwissenschaftlichen An-Institut der Universität Hamburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählt die Verflechtungsgeschichte des Kalten Kriegs und zuletzt die Geschichte der ersten deutsch-sowjetischen Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Leningrad (heute: St. Petersburg).

² Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 131-1, Senatskanzlei II, 4851, Schreiben von Senatsyndikus Dr. Drexelius an Senator Plate, 19.6.1957.

³ Die WELT, 11.10.1957, Sowjets speisten im Rathaus.

Prof. Dr. Klavdia Smola, Technische Universität Dresden¹

Für Slavistinnen und Slavisten ist seit Februar 2022 wirklich sehr viel passiert. Vieles ist tatsächlich auf Eis gelegt, manches unterbrochen oder abgebrochen worden. Hinzu kommt, dass Deutschland nicht wirklich unterscheidet zwischen Kooperationen mit individuellen Wissenschaftlern oder Wissenschaftlerinnen und denen, die zu wissenschaftlichen Einrichtungen in Russland unterhalten werden. Mitunter ist das auch sehr schwer zu unterscheiden, aber es fehlt eben auch der Wille, hier zu differenzieren, wie etwa bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Nehmen wir zum Beispiel die »Nowoje literaturnoje obosrenije« (NLO, dt: »Neue Literaturreisenschau«). Das ist eine Zeitschrift, die sehr oppositionell ist. Wirklich erstaunlich, dass dieser Verlag noch in Moskau existiert. Trotzdem will die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht unterstützen, wenn man dort etwas publiziert. Und die Gratwanderung zwischen staatlich und privat oder individuell ist sehr eng, beziehungsweise diese Grenze ist sehr schwer zu ziehen, weil viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwar in staatlichen Einrichtungen arbeiten, im Grunde aber Dissidenten sind, die dort bleiben müssen, weil sie keine andere Wahl haben. Wenn wir sie zu Seminaren oder Online-Veranstaltungen einladen, wissen wir auch nicht, ob dies für sie nicht Strafmaßnahmen nach sich zieht. Das ist sehr unsicher.

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass, wenn wir das nicht tun, es für diese dissidenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einer doppelten Ächtung kommt. Zum einen werden sie von der russischen Regierung oder ihren eigenen Einrichtungen missachtet oder gar verfolgt, zum anderen aber auch von uns hier im Westen, weil wir sie entweder nicht gefährden wollen oder weil wir keinerlei Kontakte zu ihnen aufrechterhalten wollen. Also die Situation ist sehr unübersichtlich, sehr schwierig und der richtige Weg sehr schwer zu finden.

Was nottäte, wäre hier der Mut zu stärkerer Differenzierung. Oft wird ein dichotomes Bild gezeichnet, oben das autoritäre Regime, unten das Volk und daneben dann Dissidenten, die verfolgt werden. Dabei gibt es durchaus Räume dazwischen und diese Komplexität darf man nicht unterschätzen. Wir haben zum Beispiel in Dresden zwei Sommerschulen veranstaltet, mit denen wir kleine freie Räume der Forschung und des Austausches schaffen wollten. Das war keine aktivistische Forschung, die den Krieg direkt anspricht

und verurteilt, sondern es waren sozusagen Seitenwege, etwa über jüdische Kultur. Wenn Sie so wollen, eine Art analytischer Aktivismus und davon gibt es noch ziemlich viel, sogar nach der Kriegseskalation. Darüber staune ich gelegentlich schon.

Zum Beispiel ist in den letzten Jahrzehnten, und nicht nur bei »Memorial«, zu Erinnerungskultur sehr viel geforscht worden, etwa in lokalgeschichtlichen Projekten von Anthropologen, Soziologen, Historikern, zum Beispiel über die Zwanzigerjahre, den »Holodomor« oder den Zweiten Weltkrieg. Dies alles wird kaum wahrgenommen, schon gar nicht im Westen. Es gibt Putin und seine Geschichtsdeutung, seine Propaganda. Viel ist da schwarz-weiß und es gibt da keine Zwischentöne.

Dies schlägt sich vielfach auch in den Diskussionen unter den Wissenschaftskolleginnen und -kollegen hier in Deutschland nieder. Einige von ihnen sind der Meinung, dass die Kooperation mit Russland wichtig ist, gerade auch im Bereich der wieder hoch aktuellen Autoritarismus-, Konflikt- oder Trauma-Forschung. Andere plädieren dafür, alle Kontakte abzubrechen, solange der Krieg andauert. Ähnlich wird diskutiert, ob es ethisch und politisch vertretbar ist, die regimekritischen KollegInnen, die auf die Arbeit in den staatlichen Einrichtungen aus wirtschaftlichen Gründen angewiesen sind, von der Kooperation auszuschließen. Auch hier gibt es verschiedene Ansichten.

Einig sind sich die meisten darin, dass Feldforschung in Russland und in Belarus zurzeit beinahe unmöglich, weil gefährlich ist. Reisen dorthin sind jedoch grundsätzlich möglich und Forschung vor Ort kann unter bestimmten Umständen noch stattfinden. Zudem bieten die durch die Pandemie aufgewerteten digitalen Kommunikationsmedien oder auch digitale Sammlungen und Archive neue Möglichkeiten, Kontakte mit Russland oder Belarus zu knüpfen bzw. Zugang zu Primärquellen zu erhalten. Allerdings funktioniert dies bei Weitem nicht in allen Fällen. Hier sind besonders die Kultur- und Literaturwissenschaft betroffen; auch der Zugriff auf russische und belarussische Server ist unzuverlässig oder gar unmöglich. Daher können wir auch nicht umhin, unsere Forschungsthemen zumindest teilweise zu ändern, um in der Feldforschung auf andere Gebiete auszuweichen.


Diskutiert wird ferner darüber, ob gerade in der Zusammenarbeit mit Hochschulen z.B. Armenien,

Georgien oder die baltischen Länder die ehemaligen Favoriten Moskau und St. Petersburg »ersetzen« können bzw. welche Vorteile und Nachteile dies bedeuten könnte. Es ist allerdings unklar, wie groß die potenzielle Attraktivität solcher neuen Studienorte wäre.

Es ist wichtig und jetzt auch oft »bequemer« als zuvor, die Expertise der KollegInnen, die zumeist aus politischen Gründen nach Deutschland kommen, zu nutzen, um mit ihnen z.B. gemeinsame Forschungsprojekte zu planen: Diese Deterritorialisierung bringt also auch neue Chancen mit sich. Sowohl bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wie auch bei Studierenden, aber auch bei den Intellektuellen entsteht in Deutschland gerade eine regelrechte Diaspora. Die Förderung der geflüchteten KollegInnen ist meist allerdings kurzfristig, entweder nur einige Monate, ein

Jahr oder im besten Fall einige Jahre. Deshalb wird die Frage nach ihrer künftigen Integration in das ohnehin prekäre deutsche Wissenschaftssystem an Brisanz gewinnen. Unsere Aufgabe wäre hier zu versuchen, die Förderlinien für geflüchtete AkademikerInnen zu erweitern. Zudem müssten neue Studiengänge konzipiert werden, die ausländische Studierende besser berücksichtigen und integrieren. Vieles davon scheitert jedoch an der Finanzierung.

Anmerkung:

¹ Prof. Dr. Klavdia Smola studierte nach Abitur an einer Schule in Moskau von 1991-1996 Slawistik an der dortigen Lomonosov-Universität. Nach der Promotion an der Universität Tübingen 2004 war sie an verschiedenen Universitäten u.a. in Moskau, Greifswald und Berlin tätig, bevor sie 2019 die Professur für Slavische Literaturwissenschaft an der Technischen Universität Dresden übernahm. 

Dr. Sandra Dahlke, Max Weber Netzwerk Osteuropa¹

Ich sage vielleicht erstmal was Grundsätzliches. Es gab sehr intensive Wissenschaftskooperationen mit Russland, die in der Regel institutionell aufgehängt waren. Aus heutiger Sicht würde ich sagen, dass das problematisch bzw. zumindest ambivalent war. Das Deutsche Historische Institut (DHI) Moskau hatte sehr intensive Kooperationen mit der Higher School of Economics (HSE), die 2010 den Status einer Nationalen Forschungsuniversität (Äquivalent zur Exzellenzinitiative in Deutschland) erhalten hat und mit viel Geld gefördert wurde. Sie ist ein Beispiel für die Erfolgsgeschichte des Hochschulausbaus unter der Präsidentschaft Dmitri Medwedevs. Leistungsfähige Universitäten in Russland haben sich sehr schnell internationalen Standards angepasst. Die Internationalisierung der Hochschulen und insbesondere der Nationalen Forschungsuniversitäten wurde massiv gefördert, ausländische Professoren und Lehrkräfte systematisch angeworben.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Nationalen Forschungsuniversitäten zwar in Lehre und Forschung sehr leistungsfähig waren, jedoch vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften nur wenig gesellschaftlichen Impact entwickeln konnten. Ich würde sagen, dass das auch so gewollt war, dass kritisches Denken auf einen kleinen akademischen Hochleistungsbereich beschränkt werden sollte. Im Prinzip war aus Sicht des Regimes die HSE eine eingehegte Spielwiese für Intellektuelle. Sie diente den Repräsentationsbedürfnissen des russischen Staates, sich in in-

ternationalen Rankings gut zu positionieren. Heute zeigt sich, dass nicht die institutionellen Kooperationen nachhaltig sind, sondern die langjährigen Kontakte individueller Wissenschaftler:innen untereinander; diese haben sich auch über die aktuellen politischen Erschütterungen hinaus als tragfähig erwiesen.

Am DHI haben wir mit unseren Stipendiatenprogrammen insbesondere individuelle Wissenschaftler:innen gefördert und miteinander vernetzt. Wir hatten im Jahr ungefähr 50 Stipendiaten; die meisten kamen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Mit der zunehmenden autoritären Entwicklung in Russland wurde unsere Arbeit immer schwieriger, insbesondere nach der Annexion der Krim 2014. Danach haben sich natürlich nur noch sehr wenige Nachwuchswissenschaftler:innen aus der Ukraine um unsere Stipendien beworben und nach Moskau kommen wollen. Aber trotz aller Schwierigkeiten sind über die fast 20 Jahre unserer Arbeit in Russland – über das gemeinsame Forschen und Publizieren – sehr viele nachhaltige Kontakte entstanden, von denen viele noch bis heute tragen.

Auch heute versuchen wir, die Leute in Kontakt zu halten und zu vernetzen. Wir organisieren regelmäßige Treffen mit relozierten und geflüchteten Wissenschaftler:innen in Deutschland und wir hoffen, dass wir mit unseren Büros in Georgien, Finnland und Litauen Ausweichmöglichkeiten für die Forschenden und neue Orte des wissen-

schaftlichen Austauschs schaffen können. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Über die Möglichkeiten des Internets zum Aufrechterhalten von Kontakten wurde schon gesprochen. Das Fazit, das ich ziehe, ist, dass langjährige individuelle Kontakte sich als viel tragfähiger erwiesen haben als großangelegte institutionelle Kooperationen. Man sollte also Räume schaffen, an denen niedrigschwellige individuelle Vernetzung ermöglicht wird.

Aber das widerspricht so ein bisschen dem Geist unserer aktuellen Wissenschaftspolitik, die von Wissenschaftler:innen einfordert, dass ihre Arbeit möglichst sichtbar sein muss. Wenn wir uns die Aufgabe stellen – und ich denke das sollten wir –, mit kritischen Kolleg:innen in autoritären Regimen zusammenzuarbeiten und auch mit denen, die Russland verlassen haben, ist öffentliche Sichtbarkeit eine vollkommen falsche Strategie. Wir sind gut damit beraten, die Kontakte zu halten, zusammenzuarbeiten, dabei unter dem Radar zu fliegen und die betroffenen Kolleg:innen gerade nicht zu exponieren und damit zu gefährden. Es ist sehr wichtig, geschützte Räume zu schaffen.

Mit jenen Wissenschaftler:innen, die den Krieg befürworten, wird man natürlich nie wieder zusammenarbeiten können. Daran kann es aus meiner Sicht keinen Zweifel geben. Ich halte es aber nicht für richtig, weltoffenen und kritischen Nachwuchswissenschaftler:innen aus Russland die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Frau Smola hat die Empfehlungen des BMBF (Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft) und der Allianz der Wissenschaftsorganisationen bereits angesprochen. Die Empfehlungen untersagen jegliche Kooperationen mit russischen staatlichen Institutionen; die Zusammenarbeit mit individuellen Wissenschaftler:innen ist jedoch ausdrücklich von diesem Kooperationsstopp ausgenommen. Das Problem ist, dass diese Empfehlungen von den deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen sehr unterschiedlich und teilweise widersprüchlich ausgelegt werden und dass nicht immer leicht zu entscheiden ist, was institutionell ist und was nicht.

Daraus ergeben sich an einigen Stellen Ungeheimheiten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) vergibt nach wie vor Stipendien an junge russische Wissenschaftler:innen, die für ihre Forschungen nach Deutschland kommen möchten (das Programm für deutsche Wissenschaftler:innen, die nach Russland gehen möchten, ist

eingestellt worden). Es gibt mehrere Fälle, dass junge Leute aus Russland vom DAAD ein Stipendium bekommen haben, die dann aber in Deutschland keine Universität oder Forschungseinrichtung finden konnten, die bereit ist, Nachwuchswissenschaftler:innen aus Russland aufzunehmen.


Dass die Zwischentöne fehlen und stattdessen ein Denken in Entweder-Oder vorherrscht, hat auch etwas mit der Fixierung auf Drittmittelförderung und auf Exzellenz zu tun. Dieses Denken hatte zur Folge, dass niedrigschwelligen, lokalen, regionalen und teilweise subversiven Formaten nicht genug Beachtung geschenkt wurde und man sich vielleicht zu einseitig an den forschungsstarken und international konkurrenzfähigen Großinstitutionen orientiert hat. Wenn der Drittmitteldruck hoch und internationale Sichtbarkeit eine wichtige Währung ist, sind solche Partner, d.h. niedrigschwellige und lokale Initiativen, nicht so interessant. Wenn man hingegen mit Kolleg:innen von der Higher School of Economics oder ähnlichen Forschungseinrichtungen einen Antrag stellte, dann wusste man, man hat gute Chancen, dass das klappt. Diese Einrichtungen haben sich aber gegenüber politischem Druck als nicht besonders resilient erwiesen.

Im Rückblick muss man sagen, dass das zumindest für die Geistes- und Sozialwissenschaften ein zu einseitiger Weg war, der letztlich dazu führt, dass sich Wissenschaft zunehmend in einer konkurrenzgetriebenen internationalen Blase bewegt, sich immer mehr abkoppelt von den Gesellschaften, in denen sie verankert ist. Ich fürchte, dass das ein strukturelles Problem ist. Und ich sehe nicht so richtig, wie man da rauskommt.

Ein Umdenken in der Wissenschaft nehme ich hier jedenfalls nicht wahr. Ich sehe vielmehr, dass man in Kooperationen mit anderen autoritären Staaten wieder genau das Gleiche macht. Das hat sicher damit zu tun, dass Wissenschaft im globalen Wettbewerb steht, in dem es um Kennzahlen und Rankings geht. Das mag für die Disziplinen, in denen es um schnelle ökonomische Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen geht – z.B. in den Technikwissenschaften – ein sinnvolles Verfahren sein. Das ist es aber mit Sicherheit nicht für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Ich sehe auf der Ebene der Wissenschaftspolitik jedoch nur sehr begrenzt die Bereitschaft, die unterschiedlichen Fachkulturen ernst zu nehmen. D.h., dass sich die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht selten einer fachfremden Funktionslogik beugen müssen.

Anmerkung:

¹ Die Historikerin Dr. Sandra Dahlke leitet seit Anfang 2024 das Max Weber Netzwerk Osteuropa. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Geschichte des Russischen Reichs und der Sowjetunion. Von 1998 bis 2011 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-

Universität in Hamburg. Danach wechselte sie an das 2005 gegründete Deutsche Historische Institut Moskau, dessen Leitung sie auch von 2018 bis Ende 2023 übernahm. Das Institut wurde im Juni 2024 vom russischen Justizministerium zur »unerwünschten ausländischen Organisation« erklärt und daraufhin endgültig geschlossen. 

Dr. Nadezhda Beliakova, Universität Bielefeld¹

Der Krieg hat sowohl mein wissenschaftliches wie auch mein privates Leben radikal verändert. So habe ich meine feste Anstellung am Institut für Globalgeschichte an der Akademie der Wissenschaften in Moskau verloren. Damit kann ich auch keine Doktor- und Masterarbeiten mehr betreuen. Ich kann auch nicht mehr in die Ukraine reisen und meine gesamte Kommunikation mit Kollegen oder Gesprächspartnern aus meinem Forschungsfeld findet nur online statt.

Zudem sind meine Forschungsperspektiven derzeit auf ein Jahr begrenzt. Meine Seminare, Publikationspläne oder wichtige Vorhaben wie der Aufbau einer digitalen Datenbank zu meinem Forschungsprojekt sind mit großer Ungewissheit verbunden. Das Leben meiner Familie und meiner Kinder hängt direkt davon ab, ob ich bis Juni 2025 einen Job bekomme. Ich kam mit 43 Jahren lediglich mit einem Stipendium für sechs Monate und einer fünfköpfigen Familie nach Deutschland, ich habe drei minderjährige Kinder und einen Ehemann, der erst seit zwei Jahren Deutsch lernt. Und dieses sehr deprimierende Gefühl der Unsicherheit beeinträchtigt meine Forschungsaktivitäten.

Diese Situation hat natürlich auch mein Verhältnis zu Kollegen verändert. Vor allem zu denen aus der westlichen Welt. Hier bin ich in einer schwachen Position. Das heißt nicht, dass ich isoliert bin. Allein in diesem Jahr wurde ich zu sieben Konferenzen innerhalb Deutschlands eingeladen. Kollegen aus Finnland, Schweiz, Österreich und ich haben ferner ein internationales Netzwerk zu »Religion und Kalter Krieg« (ReCo-Net) gegründet, nächste Woche werden wir es auf dem Congress of European Academy of Religion in Palermo vorstellen. Die völlige Ungewissheit über meine Zukunft ist im Moment aber sehr deprimierend und stigmatisierend für Beziehungen.

Dabei spielt auch eine Rolle, dass es nach dem Ausbruch des Krieges, meiner Ankunft in Deutschland und der Aufnahme einer befristeten Stelle an der Universität Bielefeld ein großer

Schlag für mich war, bei Diskussionen über ukrainische Themen und bei Kontakten zu ukrainischen Universitäten schlichtweg ignoriert zu werden. Für mich stellte sich die Frage, wie es möglich ist, Wissenschaftler nur aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit abzustempeln, ohne ihre Arbeiten zu lesen und sich damit auseinanderzusetzen. Als der Krieg immer weiter ging, wurde mir insofern klar, dass es wahrscheinlich gut für mich wäre, nicht im Bereich der Osteuropäischen Geschichte zu bleiben, sondern mir eine weniger politisierte Nische zu suchen, in der meine Expertise in der Geschichte der Religion, der Religiosität und der Geschlechterverhältnisse mehr gefragt wäre. Aber ich bin hier noch auf der Suche.

Die demonstrative Form des Bruchs, die oft mit Anschuldigungen gegen Kollegen in Russland einherging, ließ mich auch an der Expertise der vielen »Experten« zweifeln, die es im Westen zu Russland gibt. Kann es sein, dass sie zwar jahrzehntelang Totalitarismus, Diktatur- und Propagandaformen erforscht und uns schöne Theorien geboten haben, aber sich weniger damit beschäftigt haben, was dies für Menschen im Alltag konkret bedeutet? Plötzlich war bei diesen »Experten« alles nur schwarz und weiß geworden, ohne den geringsten Versuch einer Nuancierung, ohne den Versuch, die Menschen zu verstehen, die sich in einem zunehmenden Autoritarismus wiederfanden.

Die Kehrseite dieses Beziehungsabbruchs war, dass sie auch jene schmale Schicht von russischen Forschern traf, die Deutschland gegenüber loyal waren, die bereit waren, unabhängig von der politischen Lage Beziehungen ins westliche Ausland aufzubauen. Ich habe viele Kollegen, die zu Beginn des Krieges protestiert haben, sei es durch Petitionen oder Straßen-Proteste, die jetzt aber noch weiter in ihren Positionen arbeiten. In meinem Umfeld gibt es niemanden, der Putins Politik unterstützt, und diese Kritik gibt es, seit Putin an die Macht gekommen ist. Zu ihnen halte ich nach wie vor Kontakt, wir diskutieren unsere wissenschaftliche Themen, allmählich driften wir aber im Alltagsleben auseinander.

Gleichwohl sind mir diese Kontakte zu meinen früheren Kolleginnen und Kollegen in Russland nach wie vor wichtig. Ich fürchte aber, dass sie mich hier in Deutschland allerdings auch in Schwierigkeiten bringen können, weil solche Kontakte als unerwünscht oder gar gefährlich angesehen werden. Die deutschen Wissenschaftsorganisationen raten sogar von der Teilnahme an Veröffentlichungen in Russland ab, was einem faktischen Verbot gleichkommt. Ich bin mir nicht sicher, ob das eine weitblickende Entscheidung war. Ich denke, es wäre richtiger gewesen, die Kommunikation fortzusetzen, über universelle menschliche Werte, über Konflikt- und Friedensforschungen zu sprechen, tatsächlich eine alternative Agenda vorzuschlagen, die geholfen hätte, einen Weg zum Frieden zu finden. Zum Beispiel kommuniziere ich weiterhin mit Kollegen und Kolleginnen aus der und in der Ukraine, und das ist meine bewusste Entscheidung, mein Verständnis von Freiheit im Allgemeinen und von wissenschaftlicher Freiheit im Besonderen.

Der Fairness halber sollte ich erwähnen, dass einige deutsche Kollegen sich am Beginn des Krieges mit verfolgten Wissenschaftlern in Russland solidarisch zeigten. Wahrscheinlich gelang es einigen Menschen aus Russland, nach Deutschland zu gelangen, und alle wurden sie durch die Kontakte unterstützt, die in der vorangegangenen Zeit geknüpft worden waren. Auch kann ich meine wissenschaftliche Tätigkeit nur dank deutscher Stiftungen weiter fortsetzen.

Die meisten meiner Kollegen sind jedoch in Russland – in Sibirien, in Baschkortostan, Tatarstan, Sankt-Petersburg, Moskau – geblieben, und zwar nicht, weil sie den Krieg gegen die Ukraine unterstützen oder sich mit Putins Regime solidarisch zeigen. Die Menschen haben in der Regel Familien, vor allem ältere Eltern, und es ist allgemein üblich, dass sie sich eine gewisse materielle Basis und Stabilität wünschen. Soll sie das davon abhalten, Forscher zu sein? Ist es notwendig, die Kontakte zu ihnen zu unterbinden? Meiner Meinung nach hat eine solche Blockade nur Putins Propaganda geholfen, die These »der Westen ist gegen Russland« zu rechtfertigen.

Der abrupte und demonstrative Bruch der deutschen Wissenschaftsorganisationen und Universi-

täten mit russischen Institutionen nach dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine war emotional ganz verständlich, zeigte aber die tiefe Politisierung der Beziehungen und den Mangel an Ethik in der wissenschaftlichen Kommunikation. Aber diese Krise hat sich nicht in einem einzigen Moment ereignet. Aus meiner Sicht waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland im Wissenschaftsbereich schon lange in einer tiefen Krise.

Ich kann hier zwar nur für den Bereich der Geschichtswissenschaft sprechen, aber das bestehende System basierte auf Kontakten mit der Leitung russischer Institutionen oder mit der Deutsch-Russischen Historikerkommission, und die Teilnahme daran war eine Form von Privilegien. So wurden Kontakte »mit Deutschen« von der geschlossenen Kleingruppe der älteren Generation auf russischer Seite eifersüchtig gehütet. Und die deutschen Kollegen, vielleicht mit Ausnahme des Deutschen Historischen Instituts in Moskau, waren nicht gewillt, etwas zu ändern und Vorgänge in der russischen Wissenschaft kritisch zu bewerten.

So achtete die deutsche Seite vorzugsweise auf Titel, Dienstgrade und Position, manchmal auch auf aktuelle Themen, nicht aber auf den Inhalt der Forschung oder die ethische wie politische Position des Gesprächspartners bzw. der Partnerin. Diese zunehmende Krise der Beziehungen im Wissenschaftsbereich ist meines Erachtens auch vergleichbar mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen deutschen und russischen kirchlichen Institutionen. Auch hier hat die Krise bereits lange vor dem Krieg eingesetzt, aber das ist Thema eines eigenen Vortrags.

Anmerkung:

¹ Die Historikerin Dr. Nadezhda Beliakova stammt aus Moskau und übte seit 2003 Lehrtätigkeiten an mehreren dortigen Universitäten sowie der russischen Akademie der Wissenschaften aus. Nach Beteiligung an Anti-Kriegs-Protesten im Frühjahr 2022 musste sie kurz darauf aufgrund unmittelbarer Bedrohung ihrer Familie nach Deutschland flüchten. Sie lebt derzeit in Westfalen und hat eine befristete Stelle an der Universität Bielefeld. Zudem engagiert sie nach wie vor bei der russischen Frauenfriedensorganisation Feminist Anti-War Resistance, die 2023 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet wurde.



Wandel durch Eiszeit – Was ist möglich?

Rückblick auf eine Debatte am Ende eines langen Tages

Jürgen Heilig, *Evangelische Akademie der Nordkirche*¹

Seit 1945 hat es weltweit unzählige Kriege gegeben, manche auch in Europa. Keiner von ihnen hat die Menschen aber hierzulande in ihrem Alltag so beeinflusst wie die vollumfängliche russische Aggression gegenüber der Ukraine ab Februar 2022. Zwar hat auch das menschenverachtende Massaker der Hamas vom vergangenen 7. Oktober in Israel viele verstört. Ebenso wie die darauffolgende Reaktion der Netanjahu-Regierung, die gleichfalls die internationale Gerichtsbarkeit auf den Plan rief und zu erregten Debatten insbesondere im Kultur-, Wissenschafts- und Medienbereich führte. Aber beides und auch nicht die Kriege in Ex-Jugoslawien haben – trotz deren Migrationsfolgen für Deutschland – so umfassende ökonomische Folgen gehabt wie Putins Angriffskrieg gegen den souveränen Nachbarstaat. Für deutsche Privathaushalte wie volkswirtschaftlich.

Gemessen an dem unermesslichen Leid, das damit für Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern verbunden war und ist, steht das selbstredend in keinem Verhältnis. Aber es liefert eine erste Ahnung dafür, dass die Frage, wie dieser Krieg zu einem Ende gebracht werden kann, so viele Menschen hierzulande bewegt. Diese nüchterne Feststellung gilt zunächst auch unabhängig davon, wie die politisch-militärischen Bestrebungen der Bundesrepublik im Einzelnen bewertet werden, dem russischen Überfall auf die Ukraine durch Solidarität und Abschreckung sowie diplomatische Isolierung Einhalt zu gebieten.

Die Hoffnung war groß, dass sich selbst ein Potentat wie Putin davon beeindruckt lassen könnte. Doch dieser ehrenwerte Versuch entpuppt sich offensichtlich als Illusion. Im Rahmen der Konferenz »Koexistenz mit Despotie – Wie weiter mit Russland?« gab es deutliche Hinweise darauf, dass die konsequente Übertragung der diplomatischen Isolierungsversuche auch auf das Feld aller nichtstaatlichen Kontakte zudem viele unerwünschte Folgen nach sich zieht. Mehr dazu ist einer Reihe der vorangegangenen 13 Autorenbeiträge dieser Dokumentation zu entnehmen gewesen.

Vor dem Hintergrund des Versuchs, Putin durch Isolierung und Kontaktabbruch zu beeindrucken,

erschien es naheliegend, die Tagung mit einem Blick darauf zu beenden, welche Veränderungen dadurch überhaupt zu erwarten sind. Oder sind »Wandel« und »Eiszeit« ein Widerspruch in sich? Es war bemerkenswert zu sehen, wie schnell dabei wieder Frontstellungen und Sackgassen zu Tage traten, die aus der öffentlichen Diskussion der vergangenen zweieinhalb Jahre geläufig sind.

Für die Position der unbedingten, insbesondere militärischen Unterstützung der Ukraine trat Sergej Sumlenny ein, der frühere Leiter des Büros der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in der Ukraine: »Russland hat mehrmals bewiesen, dass es die eigenen Truppen nur dann zurückzieht, wenn sie geschlagen werden. Und nie durch Konsultationen wie etwa den Verhandlungen in Minsk.« Selbst eigentlich aus Russland stammend und seit 2013 deutscher Staatsbürger, kündigte Sumlenny im März 2022 sogar seine Parteimitgliedschaft bei den Grünen auf, weil die Partei seinem Eindruck nach *zu wenig* Beistand für die Ukraine zeigte. »Unsere deutsche Gesellschaft solidarisiert sich sehr mit dem großen Nazireich, was Russland jetzt ist.«

Worte, die in dieser Generalisierung im Publikum mehr als nur Stirnrunzeln verursachten, und auch auf dem Podium nicht im Geringsten geteilt wurden: »Das Russland-Bild in Deutschland hat sich völlig zu Recht in den vergangenen zwei Jahren radikal verändert. Und zwar in allen Teilen der Gesellschaft, weil natürlich mehrheitlich die Kausalitäten so gesehen werden, wie sie sind: Russland hat ein Nachbarland überfallen und führt einen brutalen Angriffskrieg«, meinte der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Johannes Varwick von der Universität Halle-Wittenberg. Zugleich fügte er hinzu: »Es kann doch nicht die Lösung sein, dass alle in eine entfesselte Kriegslogik verfallen und die, die das nicht mitmachen, meinen es angeblich nicht gut mit der Ukraine.« Und weiter: »Wenn wir eine Niederlage Russlands als Voraussetzung für eine Stabilisierung der Lage wollen und verlangen, wie Herr Sumlenny das tut, dann sollten wir zumindest ein Preisschild dran kleben. Und das Preisschild ist ein Krieg mit Russland.«

Auch wohl unter dem Eindruck eigener Erfahrungen in frontnahen Gebieten bei seinen vielen

Reisen durch die kriegsgeschüttelte Ukraine focht Sumlenny dies allerdings wenig an. Er begrüßte sogar explizit die in den Tagen vor der Konferenz enorm gestiegene Zahl getöteter russischer Soldaten. »Das ist eine gute Nachricht.« Ein sicher gewöhnungsbedürftiges Votum bei der Tagung einer Evangelischen Akademie.

Vielen im Saal dürfte daher die ebenfalls aus Moskau stammende Historikerin Nadezhda Beliakova in diesem Moment aus dem Herzen gesprochen haben, als sie auf dem Podium sich gegen diesen Tonfall verwahrte: »Dieser Logik des Krieges möchte ich nicht folgen.« Die Wissenschaftlerin musste im Juni 2022 mit ihrer Familie nach Deutschland flüchten, nachdem sie sich Protesten gegen den russischen Angriffskrieg öffentlich angeschlossen hatte. Bis heute engagiert sich Beliakova aus dem Exil heraus in der russischen Frauenfriedensinitiative »Feminist Anti-War Resistance«: »Wie viele Opfer sollen wir noch auf diesen Altar des Krieges legen?«

Zugleich kritisierte sie das Denken in Kategorien von Nation und Nationalität: »Das hilft nicht, diesen Konflikt zu begreifen.« Dabei verwies sie auf die vielen, heute gemischtstaatlichen Familien in den einstigen Republiken des Sowjetreichs: »Meine beiden Großmütter stammen aus der Ukraine.« Demzufolge falle es ihr entsprechend schwer, ihren noch in Moskau aufgewachsenen Kindern – ebenfalls mit russischem Pass – zu erklären, wie sich das mit der Nationalität verhält, Staatsangehörigkeit hin oder her.

Sowohl Beliakova wie auch Varwick hinterfragten ferner, ob trotz aller Kontaktabbrüche in vielen Bereichen tatsächlich von einer »Eiszeit« zwischen Deutschland und Russland geredet werden könne. In wirtschaftlicher Hinsicht habe sie da ihre Zweifel, so Nadezhda Beliakova: »Was wissen wir darüber, welche Geschäfte in Deutschland in den Händen von russischen oder russlanddeutschen Oligarchen sind?« Russische Anti-Korruptions-Blogs hätten zum Beispiel kürzlich Betriebe aufgelistet, die über Strohleute mit dem russischen Ministerpräsidenten Mischustin verbunden sind. »Ich denke, uns fehlen sorgfältige Recherchen, um wirklich zu verstehen, welche wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen ›auf Eis‹ liegen.«

Der Politikwissenschaftler Johannes Varwick erinnerte daran, dass auch diplomatisch von einer weltweiten »Eiszeit« in den Beziehungen zu Russland wenig zu spüren ist: »Es ist nicht so isoliert, wie wir das wahrnehmen, oder wie ich mir per-

sönlich das auch wünschen würde. Ich nenne nur die Unterstützung von China, den BRICS-Staaten und anderen Staaten im globalen Süden. Das ist die politische Realität.«

Heißt das, dass also auch die Hoffnung, durch »Eiszeit« politischen Wandel in Russland bewirken zu können, schon allein deshalb Illusion ist? Nachdem sich in der Vergangenheit schon herausgestellt hat, dass sich »Wandel durch Annäherung« in den 70er Jahren noch erzielen ließ, aber der »Wandel durch Handel« offensichtlich nie. Weder im Fall von China noch gar gegenüber Russland unter Putin. Bleiben dann tatsächlich nur die militärischen Optionen der Abschreckung – mit allen Gefahren in einer nuklear auferüsteten Welt?

Vor diesem Hintergrund sprach sich Varwick in der Abschlussrunde der Konferenz vehement für einen »Interessenausgleich« mit Russland aus. Aber wie soll das funktionieren, wurde er sogleich aus dem Publikum gefragt, wenn Putin darunter nur die faktische Kapitulation der Ukraine versteht? »Es ist natürlich eine berechtigte Frage, inwieweit mit einem revisionistischen Regime Interessenausgleich möglich ist.« Das sei weder einfach noch besonders aussichtsreich, aber der Versuch müsse unternommen werden: »Besser ein schmutziger Kompromiss als ein apokalyptisches Scheitern.« Worte, die im Saal nicht jedem gefielen, manche wohl auch innerlich empörten.

Varwick warnte in dem Zusammenhang ferner vor der Illusion, über zivilgesellschaftliche Kontakte die großen geopolitischen Fragen lösen zu können. »Sie sind trotzdem wertvoll, aber man muss doch den Anspruch realistisch formulieren, aus diesem Krieg ohne massive Eskalation herauszukommen. Das ist eine politische Aufgabe und keine Aufgabe der Zivilgesellschaft.«

»Politische Aufgabe« – das könnte in der Tat ein wichtiges Stichwort in der Debatte um die Koexistenz mit einer Diktatur sein. Nur ist sie vielleicht viel umfassender als nur im diplomatischen Sinne zu verstehen. Wäre es z.B. nicht eine vorrangige politische Aufgabe, Isolierung und Wirtschaftssanktionen durch Strategien zu ergänzen, die die Achillesferse der Herrschaft Putins auch nach dessen eigener Wahrnehmung in Blick nehmen: den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung? Und kann das alleine »die Politik« bewerkstelligen?

Ist es etwa tatsächlich klug, wenn, wie bei der Konferenz erwähnt, deutsche Hochschulen aus

vorausgehendem Gehorsam gegenüber Vorgaben übergeordneter Instanzen und allem Gebot der Wissenschaftsfreiheit zum Trotz russischen Studierenden ein Gastsemester verweigern, nur weil sie den »falschen« Pass haben? Wäre es nicht gerade eine Chance, sie, die später in ihrem Heimatland Multiplikatoren sein werden, den Unterschied zwischen demokratischen Staaten und einer Diktatur mit eigenen Augen und Ohren erleben zu lassen? Oder Beispiel Städtepartnerschaften, von denen in der Konferenz ebenfalls ausführlich die Rede war: Macht es wirklich Sinn, wenn der Rathauschef einer der größten deutschen Städte die jahrzehntelange Partnerschaft mit einer ebenfalls großen russischen Kommune via Pressemitteilung aufkündigt, ohne sich die Mühe zu machen, darüber mit seinem Amtskollegen in einen – sicherlich dann auch konfrontativen – Diskurs zu treten?

Beispiele für eine falsch verstandene Eiszeit gibt es mittlerweile viele. Aber warum wird daraus nicht die Konsequenz gezogen, die »politische Aufgabe« in der »Koexistenz mit Despotie« anders – und besser – zu definieren? Das erstaunt insofern, da es gerade in Deutschland durchaus breite Erfahrungen gibt, wie benachbarte Diktaturen zusammenbrechen können. Und das mitunter sogar durch subversive Hilfe für die Opposition, die überall immer nur eine kleine Minderheit war. Wie kamen etwa die Bilder von der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 so geschwind ins Westfernsehen – mit allen politischen Folgen, die das hatte?

Oder Beispiel Polen der 80er Jahre: Dort war zu erleben, welche politische Wirkung selbst kleinen Lebensmittelpaketen aus dem Ausland zukam, die Menschen ein besseres Überwintern während des Kriegsrechts ermöglichten. Polinnen und Polen waren dafür sehr dankbar und fühlten sich »vom Westen« nicht allein gelassen. Wo sind die Beispiele, an diese Erfahrungen kreativ anzuknüpfen, sie in das Internetzeitalter zu transferieren (und damit auch den russischen Trollfabriken etwas entgegenzusetzen)?

Aufgrund der ernstzunehmenden Schätzungen, die auch die langjährige Leiterin des Deutschen Historischen Instituts in Moskau, Sandra Dahlke, bereits zum Konferenzauftakt anführte (vgl. S. 8 dieser *epd-Dokumentation*), ist zwar damit zu

rechnen, dass bis zu 80 Prozent der in der Russischen Föderation lebenden Bürgerinnen und Bürger dem Regime zugetan sind. Aber 20 Prozent bei einer Einwohnerzahl von 140 Millionen sind nicht nichts. Müsste daher nicht darin investiert werden, dass zumindest diese 20 Prozent unempfindlicher gegenüber der Kremlpropaganda sind oder es werden? Ist es da, ein letztes Beispiel, tatsächlich hilfreich, etwa russischen Kriegsdienstverweigerern den Aufenthalt in Deutschland zu verweigern?

Darauf hatte bei der Konferenz bereits im zweiten Panel der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, kritisch hingewiesen (vgl. S.15 dieser *epd-Dokumentation*). Auch in der Abschlussrunde wurde dies noch einmal aufgegriffen. So suchten laut Medienangaben in den letzten zwei Jahren mindestens rund 4.400 russische Kriegsdienstverweigerer in Deutschland um Asyl nach. Bei mehr als der Hälfte der Fälle verwiesen die Ausländerbehörden sie an andere Staaten. Bei den übrigen belief sich die Anerkennungsquote auf rund acht Prozent. Darüber informierte selbstverständlich z.B. die Deutsche Welle in ihrem russischsprachigen Programm. Dafür, den Fronteinsatz zu verweigern, war das sicher keine Ermutigung.

Wie übrigens just am Tag der Konferenz bekannt wurde, hatte zwei Tage vorher – gar nicht so weit von Hamburg entfernt – die niedersächsische Polizei in Bienenbüttel bei Uelzen ein Kirchenasyl gebrochen. Die dortige Gemeinde hatte einer vierköpfigen russischen Familie Obdach gewährt, nachdem dem Vater und seinem erwachsenen Sohn der Einberufungsbefehl zugestellt worden war. Die Familie wurde abgeschoben. Eine öffentliche Debatte darüber, wie mit dem Aufenthalt von russischen – oder auch ukrainischen – Kriegsdienstverweigerern verfahren werden sollte, ist in Deutschland aber bislang nicht erkennbar. Weder in den rotgrün regierten Bundesländern Niedersachsen und Hamburg noch andernorts.

Anmerkung:

¹ Jürgen Heilig ist seit 2013 in Hamburg Studienleiter der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Dort verantwortet er Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten u.a. zu gesellschaftspolitischen Fragen, so auch die hier dokumentierte Tagung. Zusammen mit der Journalistin Anke Butscher hat er sie zudem moderiert.



Jahrgang 2024

27/24 – **Treibhausgas-Bilanzierungs-FAQ – Empfehlungen zur Berechnung der THG-Emissionen in Landeskirchen und Diözesen** (Forschungsstätte der Evang. Studiengemeinschaft e.V. (FEST), Heidelberg) 28 Seiten / 3,60 €

28/24 – **EKD-Gedenkgottesdienst Nawalny**, Berlin, 4. Juni 2024 / **Gedenkfeier Lübcke**, Kassel, 2. Juni 2024 / **Theaterpredigt Kühnbaum-Schmidt**, Schwerin, 10. März 2024 / **Johannes Rehm: »Doch der Segen kommt von oben«**, Lauchhammer, 21. März 2024 24 Seiten / 3,60 €

29/24 – **Johannisempfang der EKD** (Berlin, 26. Juni 2024, Rede Kirsten Fehrs) / **Manifest »Kirchen sind Gemeingüter!«** (Mai 2024) / **Kundgebung »Zusammen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz«** (Essen, 29. Juni 2024, Rede Anna-Nicole Heinrich) / **Predigt zur Fußball-Europameisterschaft** (Düsseldorf, 16. Juni 2024, Thorsten Latzel) – 24 Seiten / 3,60 €

30/24 – **Sport und Medien. Zwischen verliebter Nähe und kritischer Distanz** (6. Sportethischer Fachtag der EKD, Ev. Akademie Frankfurt, 19. März 2024) 36 Seiten / 4,30 €

31/24 – **Organspende – Initiativen zur Einführung der Widerspruchsregelung** (Beschluss des Bundesrates, 5. Juli 2024 / Rede NRW-Gesundheitsminister Laumann, 14. Juni 2024 / Gruppenantrag MdB Sabine Dittmar, Gitta Connemann et al., 21. Juni 2024) 32 Seiten / 4,30 €

32/24 – **Rechtserhaltende Gewalt nach der Zeitenwende – Die Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung** (Heidelberger Forum zur Friedensethik, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Konsultation vom 15. bis 16. April 2024) – 32 Seiten / 4,30 €

33/24 – **Asylverfahren in Drittstaaten** (Sachstandsbericht der Bundesregierung und Stellungnahmen von Sachverständigen, Berlin, Juni 2024) 68 Seiten / 5,60 €

34/24 – **Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands** (Kongress der Ev. Akademien Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin, Halle (Saale), 19. bis 20. April 2024) / **Stellungnahmen zur Demokratie** (Ev. Akademien in Ostdeutschland, Mai/Juni/Juli 2024) – 36 Seiten / 4,30 €

35/24 – **»gefährlich und nur sehr schwer einzudämmen oder gar zu verhindern...« – Evangelische Akademiearbeit aus Sicht der Stasi** (Vortrag von Pfr. i.R. Willi Stöhr im Rahmen einer Veranstaltung der Ev. Akademie Tutzing und ihres Freundeskreises, 13. März 2024) – 28 Seiten / 3,60 €

36/24 – **Verleihung des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen (UEK) an Sándor Fazakas** (Frankfurt/Oder, 8. Juni 2024) / **Gemeinsame lutherisch-orthodoxe Erklärung zum Filioque** (Genf, 28. Mai / 30. Juli 2024) – 20 Seiten / 2,80 €

37/24 – **Koexistenz mit Despotie – Wie weiter mit Russland?** (Tagung der Ev. Akademie der Nordkirche, Hamburg, 14. Mai 2024) – 40 Seiten / 4,30 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@medienexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 36,00 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 41,90 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 33,25 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführerinnen: Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 33,25 Euro,
jährlich 399 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):
jährlich 469,80 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,

Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
„epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile
daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder
elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.